

Sonderausgabe

Die fabelhafte
Welt der **Ema.Li** 

**Änderungsanträge der Emanzipatorische Linke (Ema.Li) zum
Entwurf des Bundestagswahlprogrammes der Partei DIE LINKE**

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|-----------|
| Vorwort | 4 |
| Grundsätzliche Änderungen am Wahlprogramm DIE LINKE | 5 |
| Das Wahlprogramm DIE LINKE in Geschlechtergerechte Sprache formulieren.... | 5 |
| Das Wahlprogramm DIE LINKE nicht Binär-Geschlechtlich formulieren..... | 5 |
| Einfügen eines eigenen Absatzes „Legalisierung von papierlosen Menschen!“..... | 6 |
| Änderungsanträge zum Kapitel Einführung (Zeile 1 bis Zeile 231) | 8 |
| Änderungsanträge zum Kapitel I. Gute Arbeit für alle statt Niedriglohn, Dauerstress und Abstiegsangst (Zeile 232 bis Zeile 537) | 21 |
| Änderungsanträge zum Kapitel V. Ungleichheit ist unsozial. Wir steuern um. (Zeile 1181 bis Zeile 1280) | 25 |
| Änderungsanträge zum Kapitel VI. In die Zukunft investieren (Zeile 1281 bis Zeile 1471) | 26 |
| Änderungsanträge zum Kapitel VII. Die Mieten runter! Neustart für den sozialen, gemeinnützigen Wohnungsbau (Zeile 1472 bis Zeile 1636) | 27 |
| Änderungsanträge zum Kapitel VIII. Gute Bildung. Für alle. (Zeile 1637 bis Zeile 1942) | 28 |
| Änderungsanträge zum Kapitel XI. Integration heißt soziale Offensive und gleiche Rechte für alle: Eine solidarische Einwanderungsgesellschaft (Zeile 2172 bis Zeile 2249) | 32 |
| Änderungsanträge zum Kapitel XII. Für einen linken Feminismus – sozial gerecht, selbstbestimmt und aktiv gegen Gewalt (Zeile 2250 bis Zeile 2466) | 34 |

Vorschlag der Ema.Li für ein neues Kapitel XII. Für einen linken Feminismus – sozial gerecht, selbstbestimmt und aktiv gegen Gewalt 34

Zeit für eine radikale Umverteilung von Erwerbs- und Sorge-Arbeit 35

Vielfalt stärken 36

Selbstbestimmung über den eigenen Körper 37

Schutz vor Gewalt 39

Änderungsanträge zum Kapitel XIII. Menschen vor Profite – für eine soziale, ökologische und demokratische Wirtschaft der Zukunft (Zeile 2467 bis Zeile 3239) 43

Änderungsanträge zum Kapitel XIV. Nein zum Krieg. Für eine demokratische und gerechte Welt (Zeile 3240 bis Zeile 3541) 48

Änderungsanträge zum Kapitel XV. Europa der Menschen statt der Banken und Konzerne. (Zeile 3542 bis Zeile 3765) 49

Änderungsanträge zum Kapitel XVI. Für eine Demokratie, in der es etwas zu entscheiden gibt. (Zeile 3766 bis Zeile 4443) 56

Änderungsanträge zum Kapitel XVII. Für eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt! Ohne dich geht es nicht!(Zeile 4444 bis Zeile 4487) 58

Vorwort

Der diesjährige Bundesparteitag steht bevor. In Hannover soll vom 9. bis 11. Juni das Bundestagswahlprogramm unserer Partei DIE LINKE zur #btw17 verabschiedet werden.

Das nehmen wir zum Anlass für eine Sonderausgabe der "Wunderbaren Welt der Ema.Li". Hier dokumentieren wir die Änderungsanträge und Vorschläge der Emanzipatorischen Linken zum Entwurf des Wahlprogramms unserer Partei DIE LINKE.

Wir danken den vielen Genoss*innen, die sich auf Treffen und in Telkos am Ausformulieren der Änderungsanträge beteiligt und bereitwillig ihr Engagement eingebracht haben.

Der für die Beteiligung aller Mitglieder offene Prozess in der Erarbeitung gemeinsamer Anträgen und Vorschläge ist etwas, das uns von allen Strömungen unterscheidet, und das ist auch gut so.

Bei uns hatte jedes Mitglied über fünf Wochen hinweg Zugriff auf alle Entwürfe und konnte sich an der Diskussion über jeden Antrag und Vorschlag beteiligen, und jederzeit ihre/seine Vorschläge dazu beitragen, was besser und anders formuliert werden kann, sowie eigene Ideen einbringen.

Diese Möglichkeit der direkten Partizipation der/des Einzelnen ist etwas, das uns sehr wichtig ist, zeigt es doch, dass wir unsere Vorstellung von innerorganisatorischer Demokratie auch in der Praxis leben.

Der KoKreis der Emanzipatorischen Linken

Grundsätzliche Änderungen am Wahlprogramm DIE LINKE

Das Wahlprogramm DIE LINKE in Geschlechtergerechte Sprache formulieren

Zeile 1 bis 4487:

Der gesamte Text des Wahlprogramms, in Geschlechtergerechter Sprache formuliert

Begründung:

Es sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, dass ein Wahlprogramm der Partei DIE LINKE in geschlechtergerechter Sprache formuliert ist.

Dabei geht es nicht um eine ritualisierte Stilübung in Political Correctness, sondern darum, unserem Anspruch, Geschlechtergerechtigkeit als unverzichtbarem Bestandteil linker Politik selbstverständlich auch zu leben, gerecht zu werden. Unsere Sicht auf die Geschlechterverhältnisse soll auch sprachlich zum Ausdruck gebracht werden.

Denn geschlechtergerecht formulieren bedeutet, Männer und Frauen in der Sprache sichtbar und hörbar zu machen und Frauen nicht durch „Verschweigen“ auszugrenzen.

Dabei gilt aber auch: Gleichstellung in der Sprache - ebenso wie Gleichstellung im Allgemeinen - gibt es nicht umsonst. Wenn wir unser Wahlprogramm in geschlechtergerechter Sprache verfassen, müssen wir bewusst mit Sprache umgehen und die Bereitschaft haben, uns mit den Geschlechterrollen und ihren impliziten Zuschreibungen auseinander zusetzen.

Sprache ist lebendig und individuell und wird auch so genutzt. Dennoch sollte es unser Anspruch sein, das Wahlprogramm auf geschlechtergerechte Sprache und Inhalte zu überprüfen. Der Vorteil liegt auf der Hand: unser Wahlprogramm wird genauer und unser Blick auf das Thema weiter.

Wir verwenden geschlechtergerechte Sprache, weil Sprache durch ihren großen Einfluss auf unser Denken und unsere Wahrnehmung die Gesellschaft mitformt. Wer nur von „Arbeitern“, „Erziehern“ und „Experten“ spricht, fördert indirekt die Vorstellung, nur Männer seien gemeint. Mit einer solchen Sprachwahl wird entsprechend auch das Denken über Geschlechter nachhaltig bestimmt. Um beide Geschlechter gleichberechtigt in der Sprache sichtbar zu machen, reden wir in unserem Wahlprogramm beispielsweise von Arbeiterinnen und Arbeitern.

Das Wahlprogramm DIE LINKE nicht Binär-Geschlechtlich formulieren

Zeile 1 bis 4487:

Um sicherzustellen, dass alle Menschen gleichermaßen genannt und dadurch mitgedacht werden, wird unser Wahlprogramm nicht Binär-Geschlechtlich formuliert und darum in unserem Wahlprogramm der Gender-Star benutzt. Wir sprechen also in unserem Wahlprogramm zukünftig von von z.B. Arbeiter*innen, Student*innen, Kindergärtner*innen, Soldat*innen, Politiker*innen.

Begründung:

Es sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, dass ein Wahlprogramm der Partei DIE LINKE in nicht Binär-Geschlechtlicher Sprache formuliert ist.

Dabei geht es nicht um eine ritualisierte Stilübung in Political Correctness sondern darum, unserem Anspruch, die Beseitigung der Diskriminierung von Transsexuellen, transgender und intersexuelle Personen als unverzichtbarem Bestandteil linker Politik selbstverständlich auch zu leben, gerecht zu werden.

Durch den Gender-Star werden Menschen in die Sprache unseres Wahlprogramms mit einbezogen, die sich nicht in ein binäres System der Geschlechter einordnen können oder wollen und es wird (Selbst-)Definitionen Raum gegeben. Transsexuelle, transgender und intersexuelle Personen werden so nicht mehr unsichtbar gemacht und diskriminiert.

Dabei gilt aber auch: Gleichberechtigung aller in der Sprache über das Binär-Geschlechtlich System hinaus - ebenso wie Gleichberechtigung aller im allgemeinen - gibt es nicht umsonst. Wenn wir für unser Wahlprogramm nicht Binär-Geschlechtliche Sprache nutzen, müssen wir bewusst mit Sprache umgehen und die Bereitschaft haben, uns mit Geschlechtern und impliziten Zuschreibungen an Geschlechter auseinanderzusetzen

Sprache ist lebendig und individuell und wird auch so genutzt. Dennoch sollte es unser Anspruch sein, das Wahlprogramm auf Geschlechtsneutrale Sprache und Inhalte hin zu überprüfen. Wie in unserem Bundestagswahlprogramm Entwurf bereits formuliert wurde: »Die Ordnung der Zweigeschlechtlichkeit – die Anforderung der Gesellschaft, sich unzweifelhaft als Frau oder Mann zu definieren – grenzt aus. Eine geschlechtergerechte Politik muss darauf hinwirken Frauen, Männer, Trans* Menschen und Intersexuelle gleichzustellen, ohne dass ein Geschlecht oder eine Lebensweise als Norm gesetzt wird. [...] Wir unterstützen Maßnahmen und Angebote, die auf einen Wandel des gesellschaftlichen Bewusstseins zielen.« auf Seite 84, Z. 2394-2432 Wenn wir dies tun, müssen wir dies auch in der Sprache tun. Es muss uns darum gehen, Sprachlich Unsichtbare Menschen Sichtbar zu machen.

Wir verwenden eine Sprache ohne Geschlechtszuweisungen, weil Sprache durch ihren großen Einfluss auf unser Denken und unsere Wahrnehmung die Gesellschaft mitformt. Wer nur von „Arbeitern“, „Erziehern“ und „Experten“ spricht, fördert indirekt die Vorstellung, nur Männer seien gemeint. Wer nur von „Arbeiterinnen und Arbeitern“, „Erzieherinnen und Erziehern“ oder „Expertinnen und Experten“ spricht, fördert indirekt die Vorstellung, es gäbe nur Frauen und Männer und auch nur diese seien gemeint. Mit einer solchen Sprachwahl wird entsprechend auch das Denken über die Existenz von binären Geschlechtern nachhaltig bestimmt. Um alle Menschen gleichberechtigt in der Sprache sichtbar zu machen, reden wir beispielsweise von Arbeiter*innen.

Einfügen eines eigenen Absatzes „Legalisierung von papierlosen Menschen!“

Legalisierung von papierlosen Menschen

Wir brauchen eine intensivere Politik für Menschen, die sich ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland aufhalten, um deren Recht- und Perspektivlosigkeit zu beenden. Dabei ist es wichtig, dass sowohl langfristige Konzepte entwickelt als auch kurzfristige Maßnahmen durchgeführt werden. Betroffen sind zum Beispiel Migrantinnen und Migranten, die zwar als Arbeitskräfte im Haushalt, im Gastgewerbe oder in der Altenpflege sehr geschätzt sind, aber aus den verschiedensten Gründen (abgelehnte Asylanträge, abgelaufene Duldungen von Flüchtlingen aus Bürgerkriegsgebieten, Entzug des Aufenthaltsrechts, abgelaufene Visa, nicht erneuerte Arbeitsgenehmigungen, Verlust des Aufenthaltsrechts durch Scheidung) keine gültige Aufenthaltsbewilligung mehr haben.

Für diese Menschen wollen wir den Bildungszugang und die medizinische Versorgung sicherstellen. Zudem fordern wir eine Initiative zur Legalisierung von Menschen, die sich ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland befinden. Diese sollen eine unbefristete Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis erhalten, um einen geregeltes Leben in Würde führen zu können.

Begründung:

Wir dürfen nicht nur bei Demos „Kein Mensch ist illegal“ Skandieren, sondern müssen uns der Tatsache stellen, das es in unserem Land Hundertausende von Menschen gibt, die aus den verschiedensten Gründen (abgelehnte Asylanträge, abgelaufene Duldungen von Flüchtlingen aus Bürgerkriegsgebieten, Entzug des Aufenthaltsrechts, abgelaufene Visa, nicht erneuerte Arbeitsgenehmigungen, Verlust des Aufenthaltsrechts durch Scheidung) keine gültige Aufenthaltsbewilligung mehr haben. Diese Menschen müssen wir in unsere Politik einbeziehen. Amnestien für papierlose Menschen nach dem Vorschlägen der thüringischen Landesregierung befürworten wir.

Änderungsanträge zum Kapitel Einführung (Zeile 1 bis Zeile 231)

Das Leben: gerechter und besser für alle

Zeile 5 bis 7:

Wir können gemeinsam dieses Land verändern und die Zukunft für alle besser und gerechter machen. Die Voraussetzungen dafür sind vorhanden. Nie war der gesellschaftliche Reichtum in diesem Land größer als heute. Aber auch niemals war die Verteilung dieses Reichtums Ungerechter als heute.

Begründung:

Wir wollen das Leben nicht nur gerechter, sondern auch besser für alle machen. Das Original bleibt beim gerechter bleibt beim gerechter hängen. Aber ernsthaft: ein Leben, bei dem alle 80 Millionen Einwohner Harz 4 gleichmäßig beziehen, ist zwar gerechter als das jetzige, aber wollen wir das ernsthaft? Gerechter geht nur mit Besser.

Programm zur Bundestagswahl, nicht für die Rettung der Welt.

Zeile 7 bis 12:

Es liegt an uns, die Richtung zu ändern und dieses Land grundlegend neu zu gestalten. Wir wollen, dass die Bundestagswahl eine Richtungsentscheidung wird: für ein sozialeres Land und ein friedliches Europa. Wir wollen den in den letzten Jahrzehnten zur Ruine verkommenen Sozialstaat von Grund auf neu gestalten, die Kluft zwischen Arm und Reich beseitigen sowie Macht und Einfluss in diesem Land neu verteilen.

Begründung:

Dies ist ein Programm zur Bundestagswahl und nicht für die Rettung der Welt. Es muss uns darum gehen, das, was wir wirklich wollen, zu benennen und nicht durch Aufzählung von Richtigen und wichtigen Forderungen die Aufgabe einer Partei, nämlich die Entwicklung Richtung der Gesellschaft zu verändern, aus den Augen zu verlieren

Es geht um ein besseres Leben

Zeile 12 bis 15:

Wir wollen eine Gesellschaft, in der die Menschen ihr Leben selbst bestimmen. Wir wollen die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen beseitigen. Wir wollen die Spaltung der Gesellschaft aufheben und dadurch Schluss machen mit Konkurrenzdruck, Angst und Verunsicherung. Um dies zu erreichen, werden wir uns mit der herrschenden Klasse anlegen. Es geht um ein besseres Leben! Für alle!

Begründung:

Der Ursprüngliche Text ist zu negativ und streicht zu wenig unsere Ziele heraus. Und diese Verschurbeln der Herrschenden Klasse in „Reiche und Mächtige“ klingt wie Boulevard und könnte auch, ohne Substanzverlust gegen „Schönen und Reichen“ ausgetauscht werden.

Keine Fragen mehr

Zeile 16:

~~Wie wir diese Fragen beantworten, wird über unsere Zukunft und unser Zusammenleben entscheiden.~~

Begründung:

Da mit den Änderungen die Fragen in den Zeilen 5 bis 15 Eliminiert wurden, macht dieser Satz keinen Sinn mehr.

Klares benennen unseres Gegners

Zeile 29 bis 35:

Einkommen und Vermögen in Deutschland klaffen immer weiter auseinander. Wir wollen dieses Auseinanderdriften von Einkommen und Vermögen beseitigen. Gesellschaftliche Veränderung wird es nicht ohne Kämpfe geben! Und um sie auszufechten bedarf es auch gesellschaftlicher Bewegungen, die mit uns gemeinsam für diese Wende eintreten. Fakt ist, der Neoliberalismus hat abgewirtschaftet, trotzdem geht der Kapitalismus weiter. Und es ist der globale Kapitalismus, organisiert in großen und kleineren Konzernen und Unternehmen, dessen Macht es zu überwinden gilt, denn seine Interessen stehen einer progressiven Gesellschaftsveränderung diametral gegenüber.

Begründung:

Sogar wenn sich Konzerne wie VW, Thyssen-Krupp, Oetker oder Superreichen, mögen sie Bahlsen, Quandt, Oetker oder anders heißen, für eine Veränderung der Gesellschaft einsetzen, so wird sie doch die Bewertungsgesetze des Kapitalismus nicht beseitige. Dieses nach VT klingende Geraune von Superreichen, dem Establishment oder anderem, was zwar an vielen, aber nicht am Kapitalismus schuld ist, sollte durch das klare benennen unseres Gegners ersetzt werden.

It's capitalism! -1-

Zeile 30:

nicht ohne Konflikt mit den Konzernen, ~~Superreichen~~ und ihren politischen Verbündeten

Begründung:

Es mag für eine Partei, in der es Fraktionsvorsitzende gibt, die Kapitalismus Töfte, aber Gier scheiße finden, schwer zu verstehen sein, aber das Kapital von Marx heißt aus guten Gründen „Das Kapital“ und nicht „Die Kapitalisten“ oder „Die Superreichen“. Selbst wenn alle Superreichen von heute auf Morgen all ihr Eigentum verschenken, so ändert es doch keinen Deut an den Bewegungsgesetzen des

Kapitalismus, der die kapitalistische Gesellschaft beherrschende Grundwiderspruch: die kapitalistische Aneignung und Ausbeutung der Arbeiterklasse, der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. It's capitalism, stupid!

„Die Not der arbeitenden Klassen wurzelt in den allgemeinen wirtschaftlichen Zuständen“ und nicht in Handelsverträgen.

Zeile 32:

und ihre Macht reichen um den Globus, befördern ~~Freihandel~~ und Konkurrenz und Kriege, die zu Flucht

Begründung:

„Die Sozialisten Deutschlands stehen dem innerhalb der besitzenden Klassen ausgebrochenen Kampfe zwischen Schutzzoll und Freihandel fremd gegenüber; die Frage, ob Schutzzoll oder nicht, ist nur eine praktische Frage, die in jedem einzelnen Falle entschieden werden muß“ (Wilhelm Liebknecht, Antrag an den Parteikongreß in Gotha 1876). Die manische Ablehnung von Freihandel durch einige in dieser Partei und seine Erklärung zum Grundübel dieser Welt verdrängt eine einfache Erkenntnis, der sich die SPD vor 141 Jahren bewusst war „Die Not der arbeitenden Klassen wurzelt in den allgemeinen wirtschaftlichen Zuständen“ und nicht in Handelsverträgen.

Der direkte Zusammenhang von Lebensmittelpreisen und sozialer Frage hat dazu geführt, dass Linke – früher zumindest – für den Freihandel waren, von dem sie sich niedrigere Lebensmittelpreise erhofften, während die Rechten zugunsten der einheimischen Agrarwirtschaft auf Zölle setzten. Die Haltung zum Freihandel kann nur eine Taktische sein, die von Fall zu Fall beantwortet werden muss. Das Verdikt "Freihandel ist schlecht" ist einerseits untaktisch und vor allem eines: Falsch.

Digitalisierung ist mehr als das Internet

Zeile 33:

~~Große Konzerne beherrschen zunehmend das Internet.~~

Ersetzen durch

Auch in Deutschland wird die soziale, kulturelle und auch ökonomische Entwicklung immer stärker durch die Digitalisierung geprägt. Wir sehen darin eine Chancen für uns alle: Sei es durch freieren Informationszugang, direktere Vernetzung mit Gleichgesinnten oder die praktische Vereinfachung in der Organisation des Alltags. Das Internet ist Teil unserer Realität und Feld gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Gleichzeitig haben Staaten mit dem Internet nie da gewesene Mittel zur Überwachung in die Hand bekommen. Auch wir wurden und werden von NSA, BND und Verfassungsschutz ausgespäht. Große Konzerne beherrschen zunehmend das Internet. Soziale Netzwerke und andere Plattformen zum Informationsaustausch sind im Besitz von Konzernen. Unsere Möglichkeiten werden so durch ihre Profitinteressen beschränkt.

Begründung:

Die Digitalisierung, die die soziale, kulturelle und auch ökonomische Entwicklung in unserer Gesellschaft und die Arbeitswelt insgesamt maßgeblich verändern wird, wird, außer in dem dürren Satz in Zeile 33, in der Einführung mit keinem Wort erwähnt. Und das zu einer Zeit, in der die Gewerkschaften Land auf, Land ab über die Chancen und Risiken der Digitalisierung diskutieren. Wir wollen das hiermit ein wenig grade rücken.

Ungleichheit

Zeile 38:

~~Die Ungleichheit wird immer wieder neu hergestellt.~~

Ersetzen durch

Dadurch vertieft sich die Ungleichheit immer weiter.

Begründung:

Ungleichheit mag sich Reproduzieren, vertiefen, beschleunigen oder sonst was. Was sich nicht tut, in einem gesellschaftlichen Bezug, neu hergestellt werden. Denn jedes „neu Herstellen“ impliziert ein „nicht Vorhandensein“, was aber bei Gesellschaftlicher Ungleichheit nicht der Fall ist.

Primat des Politischen

Zeile 38 bis 40:

~~Die Ungleichheit wird immer wieder neu hergestellt. Wirtschaftliche Macht übersetzt sich in politische Macht. Die Bundesregierung hat daran nichts geändert und es auch nicht versucht.~~

Ersetzen durch

Dadurch vertieft sich die Ungleichheit immer weiter. Die Bundesregierung hat daran nichts geändert und es auch nicht versucht. Wirtschaftliche Macht übersetzt sich in politische. Uns geht es darum das Primat des Politischen über die Wirtschaft wieder herzustellen.

Begründung:

In den Zeilen 36 bis 38 ist von Ungleichheit die Rede, dann tauchen plötzlich, ohne einen Erkennbaren Zusammenhang, die politische Macht auf. In der bestehenden Form wird der Bundesregierung vorgeworfen, nichts gegen das Übersetzen von Wirtschaftliche Macht in politische Macht getan zu haben. In der neuen form wird der Bundesregierung vorgeworfen, nichts gegen die sich vertiefende Ungleichheit getan zu haben.

Streichen von Fake News aus dem Walprogramm.

Zeile 48 bis 49:

~~Seit 1989 sind viele Kriege um eine neue Ordnung der Welt und die Öffnung von Märkten für den Freihandel geführt worden.~~

Begründung:

Es bestehen kleinere Unklarheiten welcher 1989 begonnene Krieg als historisch wendend betrachtet wird. (<https://de.wikipedia.org/wiki/1989>) Der Satz ist analytischer Quatsch. Sogar wenn man den Fetisch Freihandel und den Anklang an die "New World Order" des "Zionist Occupied Government" entfernen würde bleibt er eine Art von Fake News Satz. Sinn machen würde er für die Beschreibung der Zeit zwischen 1854 und 1900, denn in dieser sind viele Kriege um eine neue Ordnung der Welt und die Öffnung von Märkten geführt worden. Aber als Historische Beschreibung hätte er aber nichts in einem Wahlprogramm verloren.

It's capitalism! -2-

Zeile 56 bis 59:

~~Wenn es um Rüstung und Verteidigung geht, gilt für die Bundesregierung offensichtlich kein Sparzwang: Die Ausgaben im Bundeshaushalt sind massiv erhöht worden und sollen weiter steigen. Dringend notwendig wäre dagegen, friedliche Konfliktlösungen zu stärken und die Ursachen von Flucht und Vertreibung zu bekämpfen: einen ungerechten Welthandel und den globalen Finanzkapitalismus.~~

Ersetzen durch

Wenn es um den Verteidigungsetat und die damit verbundenen Einkäufe von Rüstungsgütern geht, kennt die Großzügigkeit der Bundesregierung keine Schwarze Null. Die Ausgaben im Bundeshaushalt hierfür wurden in der Vergangenheit erhöht und sollen weiter steigen.

Statt Zügeloser Aufrüstung wären hingegen, friedliche Konfliktlösungen zu stärken und die Ursachen von Flucht und Vertreibung zu bekämpfen. Nur die konkrete Umverteilung von bestehendem Reichtum und die Überwindung der herrschenden Weltwirtschaftsordnung, die die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter öffnet, können Flucht und unfreiwillige Migration verhindern helfen. Dazu gehört es, die Freihandelspolitik der EU grundsätzlich zu hinterfragen und Handelsstrukturen zwischen dem globalen Norden und Süden zu etablieren, die eine selbstbestimmte Entwicklung und Industrialisierung im Süden ermöglichen.

Begründung:

Es ist ja fast schon erfreulich, dass mal nicht der Freihandel sondern der Welthandel als Ursache von Flucht und Vertreibung benannt wird. Dass der Welthandel durch den globalen Finanzkapitalismus als Fluchtursache ergänzt wird macht allerdings den Blödsinn dieses Satzes nicht besser. Armut und globale Ungleichheit zählen nach wie vor zu den ersten Gründen von Flucht. Landgrabbing und Nahrungsmittelspekulation für den Profit weniger sind sicherlich auch Motoren massiver Vertreibung von Menschen. Wer aber meint, dass das beseitigen des Handels mit Schweinebäuchen, mit Derivaten und anderen Finanzprodukten Fluchtbewegungen zum Erliegen bringt, irrt sich gewaltig.

Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus

Zeile 58 bis 59:

Dringend notwendig wäre dagegen, friedliche Konfliktlösungen zu stärken und die Ursachen von Flucht und Vertreibung zu bekämpfen: einen vom Finanzkapital getragenen ungerechten Welthandel und den globalen Finanzkapitalismus.

Begründung:

Finanzkapitalismus ist an sich global, da Teil bzw. Stufe des Imperialismus und Imperialismus neigt nicht zu Protektionismus. Daher ist es unnötig zu betonen, dass das Finanzkapital global ist. Da Doppelung. Ansonsten: Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“

Die Behauptung, mit dem Finanzkapitalismus sei das Böse auf die Welt gekommen, huldigt dem nationalistisch organisierten Kapitalbetrieb.

Zeile 60:

Die Bundesregierung aber stärkt den Finanzkapitalismus: in Deutschland, in Europa und weltweit.

Begründung:

Die Behauptung, mit dem Finanzkapitalismus sei das Böse auf die Welt gekommen, huldigt dem nationalistisch organisierten Kapitalbetrieb. Die Reduzierung der Kritik am Kapitalismus auf Finanzen und Banken hat das Kapital falsch in den raffenden und schaffenden Sektor getrennt und die Ausbeutung und Entfremdung des Menschen in der Mehrwertproduktion geadelt. Dazu gibt es den Kampf gegen den „Shareholder Value“ aus „Angloamerika“ und gegen die Wall Street und noch viel mehr Blödsinn auf diesem Niveau als Zugabe.

Finanzkapitalismus und amoklaufende Massenmörder

Zeile 60 bis 66:

~~Die Bundesregierung aber stärkt den Finanzkapitalismus: in Deutschland, in Europa und weltweit. Wohnungen, Lebensmittel, Gesundheit werden zu Märkten für die Spekulation. Die Gewinne kommen nur einer Minderheit zugute. Die Folgen: Die Menschen in Deutschland leben unter ihren Möglichkeiten. Die Politik der deutschen Regierung in Europa hat verheerende Folgen für die Menschen. Die deutsche Regierung spielt eine zentrale Rolle dabei, die Europäische Union weiter zum Wettbewerbsraum umzubauen. Standortkonkurrenz, Druck auf die Löhne und den Sozialstaat und Freihandel sind aber weder im Interesse der Menschen in Deutschland, noch im übrigen Europa.~~

Ersetzen durch

Die Politik der deutschen Regierung in Europa hat verheerende Folgen für die Mehrheit der Menschen. Die deutsche Regierung spielt eine zentrale Rolle dabei die Europäische Union weiter zum Wettbewerbsraum umzubauen. Standortkonkurrenz, Druck auf die Löhne und den Sozialstaat sind aber weder im Interesse der meisten Menschen in Deutschland, noch im übrigen Europa.

Begründung:

Die Zeilen 60 bis 62 sind nichts als Geschwurbel, die Finanzkapitalismus nicht einmal in Ansätzen erklären geschweige denn richtig sind. Spekulation mit Wohnraum hat es schon gegeben, bevor das Wort „Finanzkapitalismus“ teil des Sprachschatzes der Linken wurde. Das die „Menschen in Deutschland unter ihren Möglichkeiten [leben]“ hat mit Kapitalismus alles und mit den Handel mit Schweinebäuchen, mit Derivaten und anderen Finanzprodukten Vulgo, „dem Finanzkapitalismus“ nur am Rande zu tun. Und das der Freihandel in der EU nicht im Interesse der Menschen ist ganz entschieden zu bezweifeln. Ohne Freihandel hätten die Griechischen Bauern massive Probleme damit, ihre Produkte nach Deutschland, Italien, Spanien oder z.B. Frankreich zu Exportieren. Und das Freihandel den Menschen in Deutschland schadet dürfen die Autor*innen gerne mal bei einer Betriebsversammlung von Miele, VW, Bosch, BMW, Siemens, Daimler usw. den Kolleg*innen erklären.

It's capitalism! -3-

Zeile 67:

Standortkonkurrenz, Druck auf die Löhne und den Sozialstaat ~~und Freihandel~~ sind aber weder im Interesse der Menschen in Deutschland, noch im übrigen Europa.

Begründung:

„Die Sozialisten Deutschlands stehen dem innerhalb der besitzenden Klassen ausgebrochenen Kampfe zwischen Schutzzoll und Freihandel fremd gegenüber; die Frage, ob Schutzzoll oder nicht, ist nur eine praktische Frage, die in jedem einzelnen Falle entschieden werden muß“ (Wilhelm Liebknecht, Antrag an den Parteikongreß in Gotha 1876). Die manische Ablehnung von Freihandel durch einige in dieser Partei und seine Erklärung zum Grundübel dieser Welt verdrängt eine einfache Erkenntnis, der sich die SPD vor 141 Jahren bewusst war „Die Not der arbeitenden Klassen wurzelt in den allgemeinen wirtschaftlichen Zuständen und nicht in Handelsverträgen.

Der direkte Zusammenhang von Lebensmittelpreisen und sozialer Frage hat dazu geführt, dass Linke – früher zumindest – für den Freihandel waren, von dem sie sich niedrigere Lebensmittelpreise erhofften, während die Rechten zugunsten der einheimischen Agrarwirtschaft auf Zölle setzten. Die Haltung zum Freihandel kann nur eine Taktische sein, die von Fall zu Fall beantwortete werden muss. Das Verdikt "Freihandel ist nicht im Interesse der Menschen in Deutschland" ist einerseits untaktisch und vor allem eines: Falsch.

Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Zeile 67 bis 75:

~~Die Europäische Union ist heute in einer grundlegenden Krise.~~

Ersetzen durch

Die EU hat die Herzen der Europäer nie so erwärmt wie die Nation oder Region mit ihren Eigenarten: Mundart, Volkstanz und Halali tun. An der EU gäbe es so viel zu kritisieren wie am Kapitalismus und fast so viel wie an Deutschland. Fatal sind jedoch EU Gegner, die die EU gar nicht wahrnehmen wie sie ist, sondern als imaginären äußeren Feind, der alles nationale und völkische, an dem sie hängen,

bedroht – so unheilvoll wie die Globalisierung, Flüchtlinge, Kosmopoliten, Migranten, die an Stelle der Kapitalisten der Lohndrückerei bezichtigt werden. Auch aus diesem Grund ist die Europäische Union heute in einer grundlegenden Krise.

Die EU bietet aber auch die Chance jenseits von Volk und Nation den Kapitalismus in seiner jetzigen Form zu überwinden.

Begründung:

An der EU ist zu kritisieren, was am Kapitalismus zu kritisieren ist, und dazu die deutsche Hegemonie und die mörderischen Außengrenzen. Dies alles wird aber von den führenden Nationen bestimmt, voran von Deutschland. Ein Weg zur Veränderung der EU muss die Aufhebung des Fiskalpaktes und ein Ende der Austeritätspolitik inklusive der Entschuldung der überschuldeten Länder umfassen. Es müssen Schritte zur Angleichung der sozialen Standards ergriffen werden. Dafür würde es sich lohnen zu kämpfen. Für uns gilt als Grundsatz, dass wir nicht gegen die EU und den Euro kämpfen, sondern gegen die EU der Konzerne und Banken und eine Währungspolitik. An der Suche nach Wegen heraus aus der EU und zurück zum Nationalstaat und einer nationalen Währungssouveränität werden wir uns nicht beteiligen.

Gerade wenn man der Meinung ist, dass die Deutsche EU-Politik mörderisch für die Peripheriestaaten ist, muss man sich doch wohl zuerst ‚Berlin‘ vorknöpfen, statt sich in ‚Brüssel‘ zu verbeißen, denn: Wenn man mit dem Finger auf Brüssel zeigt, weisen drei Finger zurück nach Deutschland. ‚Der Hauptfeind steht im eigenen Land!‘, wusste Karl Liebknecht schon vor hundert Jahren.

Europäische Union

Zeile 67 bis 75:

~~Die Europäische Union ist heute in einer grundlegenden Krise. Dahin haben Sozialkürzungen, Austerität und der Mangel an Demokratie geführt. Die Antworten der Mächtigen auf die Krisen setzen auf mehr Abschottung, Aufrüstung und auf eine europäische Interventionsarmee. Truppenbewegungen von EU und NATO an den Grenzen zu Russland gefährden den Frieden. Die Mächtigen lassen sich auf Geschäfte mit Despoten wie Erdogan ein. Sie schwächen Gewerkschaften und verschärfen ihren neoliberalen Kurs der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Gleichzeitig wachsen Rassismus und Nationalismus und die Hetze gegen Menschen, die vor den Folgen dieser Politik auf der Flucht sind. Rechte Parteien und autoritäre Populistinnen und Populisten in Europa und den USA heizen Rassismus und Nationalismus an.~~

Ersetzen durch

Die Europäische Union ist heute in einer grundlegenden Legitimations Krise. Dahin haben, neben anderem, auch der Mangel an Demokratie, Sozialkürzungen, Austerität und eine fehlende allgemeinverbindliche Sozialordnung der EU geführt. Truppenbewegungen der NATO an den Grenzen zu Russland gefährden den Frieden ebenso wie der Überfall Russlands auf die Ukraine und die Völkerrechtswidrige Besetzung der Krim durch Russische Truppen. Die EU lässt sich auf Geschäfte mit Despoten wie Erdogan oder Putin ein und duldet Staaten wie Ungarn in ihrer Mitte, deren

Regierungen einen Demokratieabbau ohnegleichen betreiben. Die Politik der EU schwächt Gewerkschaften und verschärft ihren neoliberalen Kurs der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Gleichzeitig wachsen Rassismus und Nationalismus und die Hetze gegen Menschen, die vor den Folgen dieser Politik auf der Flucht sind. Rechte Parteien und autoritäre Populistinnen und Populisten in der EU, Russland und den USA heizen Rassismus und Nationalismus an.

Begründung:

An der EU ist zu kritisieren, was am Kapitalismus zu kritisieren ist, und dazu die deutsche Hegemonie und die mörderischen Außengrenzen. Dies alles wird aber von den führenden Nationen bestimmt, voran von Deutschland.

Gerade wenn man der Meinung ist, dass die Deutsche EU-Politik mörderisch für die Peripheriestaaten ist, muss man sich doch wohl zuerst ‚Berlin‘ vorknöpfen, statt sich in ‚Brüssel‘ zu verbeißen, denn: Wenn man mit dem Finger auf Brüssel zeigt, weisen drei Finger zurück nach Deutschland. ‚Der Hauptfeind steht im eigenen Land!‘, wusste Karl Liebknecht schon vor hundert Jahren.

Kürzungspolitik

Zeile 77 bis 78:

~~Die neoliberale Politik von Privatisierung, Spekulation und unsozialer Kürzungspolitik wollen wir beenden.~~

Ersetzen durch

Eine Politik die Privatisierung fördert, Spekulation ermutigt und eine Kürzungspolitik im Sozialen und der Bildung vorantreibt, wollen wir beenden.

Begründung:

Ernsthaft, wir wollen einzig die „neoliberale Politik von Privatisierung, Spekulation und unsozialer Kürzungspolitik“ beenden? Oder wollen wir nicht doch lieber jede Politik die „Privatisierung, Spekulation und Kürzungspolitik“ beinhaltet, beseitigen? Ach, und das wir nur etwas gegen „unsoziale Kürzungspolitik“ haben ist auch ehr ein sowohl sprachlicher als auch Politischer Unfall. Es gibt schlicht keine „Soziale Kürzungspolitik“, außer vielleicht bei Managergehältern, aber die ist hier bestimmt nicht gemeint.

Kapitalinteressen, nicht Konzerninteressen

Zeile 84:

~~Kapitalinteressen mächtiger Mächtige Konzerneinteressen verhindern, dass Umweltzerstörung Zerstörung und der damit einhergehende Klimawandel des Klimas gestoppt wird werden~~

Begründung:

Nicht nur das Klima wird zerstört: unsere Ozeane und Meere sind mit Plastik verseucht, es gibt regelmäßig Ölunfälle (ob bei Bohrungen oder Schiffen/Tankschiffen, die verunglücken), die Trinkwasserknappheit nimmt zu etc..

It's capitalism! -4-

Zeile 87 bis 88:

~~Der neoliberale Kapitalismus nutzt ungebrochen fossile Brennstoffe, die Zerstörung von Klima und Natur schreitet voran.~~

Ersetzen durch

Durch die ungebrochene Nutzung fossiler Brennstoffe aus Profitgründen schreitet die Zerstörung von Klima und Natur voran.

Begründung:

1) Auch wenn es einigen in der Partei DIE LINKE unglaublich erscheinen mag, aber auch im Profanen Kapitalismus gab es Verbrennungsmotoren die fossile Brennstoffen, mit Neoliberalismus hat das nix zu tun. Und wenn es keinen Neoliberalismus geben würde, würden, haltet euch fest, fossile Brennstoffe genutzt werden. 2) Nicht ein System nutzt Fossile Brennstoffe, sondern Menschen. 3) Fossile Brennstoffe werden aus Profitgründen genutzt.

Es gerüchtet, sowohl Autos als auch Braunkohleverbrennung wären in der Sowjetunion und der DDR nicht unbekannt gewesen. Auch in Kuba werden fossile Brennstoffe zur Energiegewinnung genutzt, sagt man.

Ausbeutung der Natürlichen Ressourcen

Zeile 88 bis 89:

Wir müssen uns entscheiden, was wir retten wollen: den Kapitalismus oder ~~Klima~~ unseren Lebensraum: die Erde.

Begründung:

Siehe Änderungsantrag zu Zeile 84, nicht allein das Klima ist das Problem. Die geänderte Fassung beinhaltet neben dem Klimawandel auch alle anderen Formen der Erd-Ausbeutung.

It's capitalism, stupid!

Zeile 117 bis 120:

Ungleichheit setzt sich fest: In der Schule wirkt die soziale Herkunft wieder stärker: wer arm oder als Arbeiterkind reingeht, geht in Richtung Niedriglohn raus. So verspielt neoliberale Politik Zukunft und soziale Sicherheit der Menschen!

Ersetzen durch

Ungleichheit wird zementiert: In der Schule wirkt soziale Herkunft in der BRD stärker als in allen anderen OECD Staaten: wer arm oder als Arbeiterkind reingeht, geht deutlich öfter in Richtung Niedriglohn raus. So verspielt eine falsche Politik die Zukunft und die soziale Sicherheit der Gesellschaft!

Begründung:

Die Behauptung, mit dem Neoliberalismus sei das Böse gekommen, impliziert, dass es vorher einen guten Kapitalismus gab. Das ewige wiederholen des falschen macht es nicht zur Wahrheit. Neoliberalismus ist Ökonomisch falsch, wir wollen aber nicht nur ihn, sondern den Kapitalismus beseitigen.

It is capitalism, not neoliberalism

Zeile 113 bis 120:

~~Sie wurden abgehängt. Die großen Parteien kümmern sich nicht um sie. Die Interessen der Reichen wurden geschützt. Die Interessen der Mehrheit, die öffentliche Einrichtungen und Dienstleistungen nutzt, wurden verkauft. Was wie die Schuldenbremse als Sparsamkeit angepriesen wird, erweist sich als Dogma: Dringender Bedarf wird nicht mit Förderung und Investitionen beantwortet, selbst wenn im Bundeshaushalt Überschuss ist. Ungleichheit setzt sich fest: In der Schule wirkt die soziale Herkunft wieder stärker: wer arm oder als Arbeiterkind reingeht, geht in Richtung Niedriglohn raus. So verspielt neoliberale Politik Zukunft und soziale Sicherheit der Menschen!~~

Ersetzen durch

Sie wurden abgehängt. Die anderen Parteien vertreten nicht ihre, sondern die Interessen der wohlhabenden Bürger. Das Dogma von der schwarzen Null, die Schuldenbremse, erweist sich als fatal und hat zur Folge, dass dem dringenden Bedarf an Öffentlichen Investitionen, selbst bei einem Überschuss im Bundeshaushalt, nicht entsprochen wird. Die öffentlichen Einrichtungen verkommen, die Infrastruktur verfällt zunehmend. So verspielt Politik Zukunft und soziale Sicherheit der Gesellschaft.

Begründung:

Die Behauptung, mit dem Neoliberalismus sei das Böse gekommen, impliziert, dass es vorher einen guten Kapitalismus gab. Alles was Neoliberalismus ist, ist auch im Kapitalismus enthalten. Das ewige nutzen des Begriffs Neoliberal lenkt von der Ursache des ganzen, dem Kapitalismus, ab.

Opfer rassistischer Angriffe

Zeile 123 bis 124:

~~DIE LINKE steht an der Seite derjenigen, die sich gegen Rassismus und für ein solidarisches Miteinander einsetzen.~~

Ersetzen durch

DIE LINKE steht an der Seite derjenigen, die Opfer rassistischer Angriffe sind und denjenigen, die sich gegen Rassismus und für ein solidarisches Miteinander einsetzen.

Begründung:

Wir stehen hoffentlich auch auf der Seite derjenigen, die Opfer rassistischer Angriffe sind.

Eine solidarische Gesellschaft

Zeile 129 bis 131:

~~Weil wir ein verlässliches soziales Netz der Gesellschaft und eine gerechte Verteilung des Reichtums herstellen.~~

Ersetzen durch

Wir wollen eine gerechte Verteilung des Reichtums und eine solidarische Gesellschaft herstellen.

Begründung:

Der Satz ist so wie er ist ein Halbsatz und kann rein grammatikalisch nicht für sich stehen. Außerdem ist unklar was ein soziales Netz der Gesellschaft sein soll. Daher ändern.

Sozialismus in 4 Jahren?

Zeile 149 bis 152:

~~Dieses System im Interesse der Kapitaleigentümer einer Klasse von Kapitaleigentümern und Superreichen steht widerspricht den Interessen der Mehrheit der Menschen der Ausgebeuteten diametral gegenüber. DIE LINKE kämpft daher für Alternativen zum Kapitalismus. Wir wollen einen neuen Sozialismus, einen demokratischen, ökologischen, feministischen und lustvollen Sozialismus als Alternative zum Kapitalismus!~~

Begründung:

Zu behaupten, dass der Kapitalismus „den Interessen der Mehrheit der Menschen widerspricht“ ist eine Verharmlosung. Ein System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen mit allen Ökonomischen, Ökologischen und sozialen Folgen steht den Interessen aller Menschen diametral gegenüber. Im Übrigen: Toll, dass wir als Partei den Sozialismus in ein Programm zur BTW packen. Was wir so alles in 4 Jahren schaffen wollen!

Die Macht des Kapitals

Zeile 153 bis 154:

~~Gegen die geballte Macht von Unternehmen, Reichen des Kapitals und ihren politischen Parteien brauchen wir eine Revolution der sozialen Gerechtigkeit.~~

Begründung:

siehe Marx

Platt und Wiederholung von teilweise gesagten

Zeile 223 bis 226:

Vieles läuft falsch. Die gute Nachricht: Es muss nicht so bleiben. Es geht anders, wenn wir es anders machen. Wir sind viele, viel mehr als wir denken: Wir schauen nicht weg, wir stehen auf gegen Unrecht und Unmenschlichkeit. Im Alltag, in der Nachbarschaft und im Parlament, bei der Arbeit und auf der Straße.

Begründung:

Diese Zeilen klingen sehr platt und wiederholen teilweise, was bereits einige Zeilen zuvor gesagt wurde (z.B. Z. 221 "Dafür kämpfen wir in den Parlamenten, [...]"), daher Streichung.

Änderungsanträge zum Kapitel I. Gute Arbeit für alle statt Niedriglohn, Dauerstress und Abstiegsangst (Zeile 232 bis Zeile 537)

Die Geschichte des Abbaus von Arbeitnehmerrechten begann vor der Agenda 2010.

Zeile 295 bis 296:

~~Mit der Einführung der Die Agenda 2010-Reformen durch die Regierung von der SPD und Grünen Regierung stellten den Höhepunkt einer in den 80'ger Jahren von CDU/CSU und FDP begonnenen Veränderung des Arbeitsmarktes hin zu ~~wurde~~ Niedriglöhnen, prekärer Beschäftigung und Flexibilisierung ~~Tariffucht der Weg~~ bereitet dar.~~

Begründung:

Die Behauptung, das die Agenda 2010 der Beginn allen Übels auf dem Arbeitsmarkt ist ahistorischer Unsinn. Damit wird so getan, als ob es das Beschäftigungsförderungsgesetz der CDU/CSU/FDP Regierung, das, neben anderem, die erleichterte Zulassung befristeter Arbeitsverträge umfasste, nie gegeben. Mit ihm wurde die erstmalige gesetzliche Regelung von zwei Formen der Teilzeitarbeit eingeführt. Zum anderen enthielt es den Einstieg in die Ketten Zeitarbeitsverträge durch die Verlängerung der zulässigen Überlassungsdauer eines Leiharbeitnehmers an denselben Entleiher. Auch die Ausweitung des Ladenschlusses 1989 und 1996 haben nichts mit der Agenda 2010 zu tun. Das Arbeitszeitrechtsgesetz, die Erfindung der Befristungsmöglichkeiten ohne Sachgrund: Nix Agenda 2010, Schwarz Gelb. Die Geschichte des Abbaus von Arbeitnehmerrechten begann, auch wenn das einige nicht wahrhaben wollen, vor der Agenda 2010.

Weil Crowdfunding wenig mit Clouds und viel mit Crowds zu tun hat.

Zeile 351 bis 352:

~~Digitalisierung und die Arbeit und Auftragsvergabe über »Clouds« und Plattformen schafft neue, oft entgrenzte und prekäre Beschäftigungsformen.~~

Ersetzen durch

Im Zuge der rasant fortschreitenden digitalen Vernetzung entsteht derzeit eine große Vielfalt an neuen Formen von Arbeit und Beschäftigung: Anders als im Zeitalter traditioneller Fabrik- und Büroorganisation lassen sich Wertschöpfungsprozesse mittlerweile längst nicht mehr nur in örtlich konzentrierten und auf Dauer angelegten betrieblichen Strukturen, sondern räumlich verteilt und zeitlich variabel gestalten. Unternehmen können im Internet – in der Cloud – in großem Stil auf eine große Menge von Arbeitskraftanbieter – die Crowd – zugreifen, aus dieser ihnen geeignet erscheinende Kandidaten fallweise auswählen und deren Leistungen für einzelne Arbeitsaufträge erwerben.

Begründung:

Eine Cloud ist IT-Infrastruktur wie beispielsweise Speicherplatz, Rechenleistung oder Anwendungssoftware, die als Dienstleistung über das Internet bereitgestellt wird. Unternehmen zerlegen Arbeiten in kleine Projekte und vergeben sie für oft geringe Honorare an Freie – Crowdfunding nennt sich das und wird über die Crowd organisiert. Die Crowd ist nichts als eine Plattform. Cloud und Crowd sind vollkommen unterschiedliche Dinge.

Über digitalen Tagelöhner*innen

Zeile 355 bis 357:

~~In Deutschland gibt es über zwei Millionen Solo-Selbstständige. Für viele bedeutet das ökonomische Unsicherheit. Ihnen drohen die Folgen von entgrenzter Arbeit, die auch viele Kreative trifft: unzureichende Honorare, Erschöpfung und Altersarmut.~~

Ersetzen durch:

Immer mehr Arbeiten, die früher fest angestellte Mitarbeiter erledigten, übernehmen heute Freie. Soloselbstständigkeit wächst, insbesondere über digitale Plattformen für Arbeitsvermittlung. Die Zahl der digitalen Tagelöhner, die ihre Arbeit per Internet anbieten, wächst stetig. Die große Mehrheit der digitalen Tagelöhner verdient wenig, zahlt deshalb wenig Steuern, muss selbst für ihre Kranken- und Rentenversicherung sorgen, was sie sich oft gar nicht leisten können. Freelancer sind zumeist nicht für Zeiten der Arbeitslosigkeit versichert und haben keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

Begründung:

Wie viele der über zwei Millionen Solo-Selbstständigen in Deutschland sich als digitalen Tagelöhner verdingen weiß niemand. Sicher ist aber, dass die Behauptung, dass Solo-Selbstständigen in Deutschland sich als digitalen Tagelöhner verdingen schlicht falsch ist. „Entgrenzung der Arbeit“ bedeutet die zunehmende Auflösung von (zeitlichen, räumlichen, sachlichen usw.) Strukturen betrieblich organisierter Arbeit. Im engeren Sinne ist damit oft die Auflösung von Grenzen zwischen Erwerbsarbeit und Privatleben gemeint. Einen wie auch immer gearteten Kausalzusammenhang von „Entgrenzte Arbeit“ und „unzureichenden Honorare, Erschöpfung und Altersarmut“ gibt es nicht und wird der Materie nicht gerecht. Auch viele Vollzeitbeschäftigte mit Arbeitsverträgen, Kranken- und Rentenversicherung arbeiten unabhängig von starren Strukturen betrieblich organisierter Arbeit.

Den globale Charakter des Internets verstehen

Zeile 359 bis 370:

- ~~Das Arbeitsrecht und die Definitionen von »Arbeitnehmer« und »Betrieb« müssen den neuen Formen angepasst werden, um Scheinselbstständigkeit effektiver zu bekämpfen.~~
- ~~Solo-Selbstständige müssen in die Arbeitslosen-, Gesundheits-, Renten- und Pflegeversicherung einbezogen werden. Die Beitragssätze müssen sich am realen monatlichen Einkommen orientieren und dürfen nicht dazu führen, dass Solo-Selbstständige ergänzend Mindestsicherung in Anspruch nehmen müssen.~~

~~• Bei Crowdwork-Plattformen müssen sowohl die Betreiber als auch die Auftraggeber an der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme paritätisch beteiligt werden.~~

Ersetzen durch:

- Wir schaffen branchenspezifische Mindesthonorarregelungen, die bundesweit gelten. Damit wollen wir einem ruinösen Preiswettbewerb entgegen wirken. Die Öffentliche Hand muss eine Vorreiterrolle einnehmen mit einer Mindesthonorarordnung bei öffentlich finanzierten Aufträgen.
- Es gilt anzuerkennen, dass man es bei Crowdfunding mit einer neuen digitalen und globalen Arbeitswelt zu tun hat. Der Arbeitnehmer-, Arbeitgeber- und Betriebsbegriff muss den neuen Formen globalen Arbeitens angepasst werden. Wir brauchen mehr Mitbestimmungsrechte und Möglichkeiten bei den vernetzten Formen der Arbeitsorganisation auch um Scheinselbständigkeit effektiver zu bekämpfen.
- Um die Arbeitsbedingungen der Crowdworker zu verbessern, müssen die Plattformen, auf denen sie arbeiten, arbeitnehmerfreundlicher gestaltet werden. Denn diese sind die tägliche Arbeitsumgebung für hunderttausende Menschen. Sie sind die digitalen Fabrikhallen und genauso wie dort in jahrzehntelangen Kämpfen Mindeststandards erreicht wurden, wird es auch online darum gehen, Standards zu schaffen und durchzusetzen.
- Solo-Selbstständige müssen in die Arbeitslosen-, Gesundheits-, Renten- und Pflegeversicherung einbezogen werden. Die Beitragssätze müssen sich am realen monatlichen Einkommen orientieren und dürfen nicht dazu führen, dass Solo-Selbstständige ergänzend Mindestsicherung in Anspruch nehmen müssen.
- Für ordnungspolitische Regelungen in der globalen, digitalen Arbeitswelt bedeutet das, dass sie die digitalen Voraussetzungen der Crowd mitdenken müssen. Sie müssen also hochgradig flexibel und international sein sowie auf Personen zugeschnitten, deren Arbeitsleben zu großen Teilen im Internet stattfindet. Eine simple Übertragung klassischer Arbeitsmodelle ist nicht ausreichend, um digitale Arbeit auch im Interesse der Crowdworker zu regeln.
- Da es vollkommen unmöglich ist, nationale Arbeits- und Sozialstandards im internationalen Internet durchzusetzen, muss ein EU-Rahmen zum Thema Crowdfunding geschaffen werden, damit Mindestlöhne, Arbeitszeitregulierungen, Sozialversicherungen, Rentenversicherung, Besteuerung etc. weder ausgehöhlt noch umgangen werden können.

Begründung:

Die Forderung „Bei Crowdwork-Plattformen müssen sowohl die Betreiber als auch die Auftraggeber an der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme paritätisch beteiligt werden“ zeigt, dass der globale Charakter des Internets in keiner Weise verstanden wird. Wie genau soll den gegenüber einer Plattform, die ihren Sitz in Nord Korea hat und einen Auftraggeber, der seinen Firmensitz in der VR China hat durchgesetzt werden können, das sie sich an der Finanzierung der Deutschen sozialen Sicherungssysteme paritätisch beteiligen? Schickt man die Steuer Prüfung nach Nordkorea, macht man die Plattform in China dicht? Es gibt kein Deutsches Internet, indem man solche Forderungen



umsetzen kann. Das bedeutet, dass die Basis der Umsetzung solcher Forderung nur die Europäische Ebene und die Vertragliche Lösung mit anderen Staaten sein kann.

Es gibt auch in der klassischen Arbeitswelt Probleme (beispielsweise "selbstständige" Interviewer in Callcentern der Markt- und Meinungsforschung)..

Änderungsanträge zum Kapitel V. Ungleichheit ist unsozial. Wir steuern um. (Zeile 1181 bis Zeile 1280)

Superreiche haben noch immer Mundgeruch

Zeile 1218:

~~Gerade die Superreichen können ihre Millionenvermögen in Unternehmensanteilen steuerfrei vererben oder verschenken.~~

Begründung:

Dieser Satz beinhaltet keinerlei politische Forderung. Sein einziger Sinn ist es einen systematischen Fehler plakativ zu personalisieren.

Änderungsanträge zum Kapitel VI. In die Zukunft investieren (Zeile 1281 bis Zeile 1471)

Supperreiche, mal wieder

Zeile 1354:

Zu ihrer Finanzierung will DIE LINKE ~~die Multi-Millionäre endlich durch höhere Steuern angemessen zur Finanzierung des Gemeinwohls heranziehen~~ endlich Wertschöpfung dort besteuern wo sie geschieht und nicht mehr in der Lohntüte.

Begründung:

Hier wird ein fehlerhafter Fokus unserer Steuergesetzgebung genutzt die Nutznießer dieses fehlerhaften Steuersystems als daran schuldig darzustellen – Dabei hat doch der Bundestag die Gesetze gemacht – nicht die Menschen die davon profitieren.

In Zeiten in denen gesellschaftliche Wertschöpfung entkoppelt ist von den Einkommen der wertschöpfenden Personen ist es sinnlos Steuersysteme hauptsächlich aufgrund der Lohn-/Einkommenssteuer aufzubauen. Wertschöpfung findet innerhalb juristischer Personen (a.k.a. Unternehmen) statt – nicht mehr in natürlichen Personen. Eine Fokussierung unserer Politik auf natürliche Personen verkennt den Charakter unserer Kritik: Es geht gegen das System! Nicht gegen die Menschen die für es stehen!

Keine Verstaatlichung von Telefonbuchsen!

Zeile 1364:

Fernverkehr, ~~Zugang zum Internet~~ und Abfallentsorgung müssen in öffentlicher Hand

Begründung:

Den Zugang zum Internet kann man nicht verstaatlichen. Man kann schon, allerdings ist das verstaatlichen von Telefonbuchsen ziemlich Sinnbefreit.

Änderungsanträge zum Kapitel VII. Die Mieten runter! Neustart für den sozialen, gemeinnützigen Wohnungsbau (Zeile 1472 bis Zeile 1636)

Auch Nationale Immobilienfonds Angreifen

Zeile 1483:

Nach der Finanzkrise und angesichts von niedrigen Zinsen suchen internationale Immobilienfonds und Finanzfirmen nach neuen Profitmöglichkeiten [...]

Begründung:

Das Wort "internationale" kann gestrichen werden. Nationale, deutsche Immobilienfonds sind nicht anders. Es kann für uns keinen Grund geben, Nationale, von Leuten wie Guido Cleverle aufgebaute Immobilienfonds zu schonen.

Änderungsanträge zum Kapitel VIII. Gute Bildung. Für alle. (Zeile 1637 bis Zeile 1942)

Menschenrecht auf Bildung

Zeile 1638 bis 1643:

Der Zugang zu Bildung ist in Deutschland stark von der sozialen Herkunft abhängig. Wer wohlhabende Eltern hat, hat deutlich bessere Chancen Abitur zu machen und zu studieren. Bildung ist ein Menschenrecht. Aber für viele Kinder fällt schon nach der Grundschule die Entscheidung, welche Schulform sie besuchen werden und damit auch, welche Türen ihnen künftig verschlossen bleiben. Das deutsche Bildungssystem verschärft die soziale Spaltung der Gesellschaft statt ihr entgegenzuwirken.

Ändern in:

Dieses Menschenrecht gilt in Deutschland jedoch nicht für alle gleich, denn der Zugang zu Bildung ist in Deutschland stark von der sozialen Herkunft abhängig. Wir sagen: Jeder Mensch hat das Recht auf freien Zugang zu Information und Bildung. Dies ist in einer demokratischen Gesellschaft essentiell, um jedem Menschen, unabhängig von seiner sozialen Herkunft, ein größtmögliches Maß an gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen. Dabei sollen die Belange der Lernenden im Vordergrund stehen.

Die Realität sieht jedoch anders aus. Schon wer wohlhabende Normalverdiener Eltern hat, hat deutlich bessere Chancen Abitur zu machen und zu studieren als jene Kinder, die arm oder als Arbeiterkind reingeht. Bildung ist ein Menschenrecht. Aber für viele Kinder fällt schon nach der Grundschule die Entscheidung, welche Schulform sie besuchen werden und damit auch, welche Türen ihnen künftig verschlossen bleiben. Das deutsche Bildungssystem verschärft die soziale Spaltung der Gesellschaft schon im Kindesalter statt ihr entgegenzuwirken.

Begründung:

Das Menschenrecht auf Bildung soll in den Mittelpunkt gestellt und nicht in einen Nebensatz abgeschoben werden. Wir wollen eine positive Vision von dem, was Bildung ist, ohne die Realität zu beschönigen.

Keine Privatisierungen aus Profitgründen

Zeile 1659 bis 1660:

Privatisierungen – auch von öffentlichen Bildungseinrichtungen – aus Profitgründen müssen gestoppt und umgekehrt werden.

Begründung:

Die jetzige Formulierung richtet sich (auch) gegen Freie Alternativschulen, wie sie bspw. im Bundesverband freier Alternativschulen (BFAS - siehe Wiki) organisiert sind. Diese Schulen sind die Fettaußen auf der Wassersuppe der Bildungslandschaft. Hier werden alternative Schulmodelle ausprobiert und gelebt. Hier finden reformpädagogische Ideen ihre Weiterentwicklung und Umsetzung. Aus diesen Schulen dringen emanzipatorische Ansätze in die Regelschulen. In solchen Schulen werden schon heute Demokratie und Mitbestimmung durch Schüler*innen gelebt. Viele alternative Ansätze in den Regelschulen sind ohne diese Schulen nicht denkbar (z.B. die Abkehr von der Frontalbeschulung).

Schulen, die sich gründen, um Eliten zu bilden, um Umsätze zu generieren, diese Schulen brauchen wir nicht. Bildung darf kein Marktobjekt werden/ sein. Freie Alternativschulen sind meilenweit davon entfernt und im Gegensatz bedürfen sie unseres Schutzes. Sie sind schon heute durch staatliche Eingriffe und Gesetzesänderung vielfach in ihrer Existenz bedroht.

Mehrsprachige Sozialisation

Zeile 1743: Nach Zeile 1743 ein weiteres Aufzählungszeichen einfügen

Eine mehrsprachige Sozialisation wird in Deutschland nur bei ökonomisch als wichtig erachteten Sprachen geschätzt. Wir hingegen sehen in der Mehrsprachigkeit auch bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund ein Qualitätsmerkmal. Die Muttersprache beim Erlernen weiterer Sprachen einzubeziehen ist wichtig, um in diesen Sprachen einen sicheren Stand zu erwerben.

Begründung:

Die Muttersprache beim Erlernen weiterer Sprachen einzubeziehen ist wichtig, um in diesen Sprachen einen sicheren Stand zu erwerben.

Demokratische Schule

Zeile 1759: Nach Zeile 1759 ein weiteres Aufzählungszeichen einfügen

Eine demokratische Gesellschaft muss auch ihre Schulen auf eine demokratische Grundlage stellen. Deshalb müssen alle Schulen demokratisch verfasst und transparent organisiert sein. Die Entwicklung einer kritischen und selbstständigen Persönlichkeit wird durch die Demokratisierung der Schule, in der demokratische Werte nicht nur vermittelt, sondern auch gelebt werden, unterstützt.

Begründung:

Nicht nur die Hochschule, auch schon die Schule muss demokratisch organisiert sein und den Lernenden müssen umfassende Rechte bei der Gestaltung ihres Lernalltags eingeräumt werden.

Das Wunsch- und Wahlrecht des Kindes

Zeile 1733 bis 1735:

~~Der Rechtsanspruch auf inklusive Bildung und das Recht auf das gemeinsame Lernen in einer Regelschule gehört in jedes Schulgesetz. Das Wunsch- und Wahlrecht des Kindes und seiner~~

Erziehungsberechtigten über die Schule muss in allen Bundesländern gesetzlich festgeschrieben werden. Alle Schulen müssen über barrierefreie Zugänge für alle Kinder verfügen, die nicht nur auf die baulichen Voraussetzungen beschränkt werden dürfen. Weiterhin müssen diese über eine adäquate Ausstattung und Qualifizierung an Personal, Assistenzleistungen, Lehr- und Lernmitteln sowie sonstige Hilfsmittel für jedes Kind verfügen. Wir setzen uns dafür ein, dass kein Kind wegen fehlenden Zugangsvoraussetzungen und Ressourcen an der Schule seiner Wahl abgewiesen wird. Inklusion darf nicht davon abhängig gemacht werden, wie viel sie kostet!

Begründung:

Ist selbsterklärend

Einfügung

Zeile 1878:

Einfügung zwischen "... anpassen." und "Förderlücken ..."

Ebenso muss die Koppelung des Bafög an Leistungsdruck abgeschafft werden.

Begründung:

Wenn wir fordern, dass die Fehler aus Bologna revidiert werden, müssen wir auch dafür sorgen, dass diese Korrektur auch bei Studierenden aus prekären Verhältnissen etwas bringt, das geht nur mit einer Anpassung der Bafög Richtlinien.

Digitalisierung ist mehr als Internet und schneller Zugang zu Informationen.

Zeile 1927 bis 1931:

~~Die Digitalisierung bietet die Chance, vielen Menschen einen schnellen Zugang zu Informationen zu ermöglichen. Das geschieht aber nicht von selbst, sondern muss durchgesetzt werden. Es ist auch eine Frage von Macht, wer über Inhalte des und Zugang zum Internet entscheidet. Der Zugang zu digitalen Technologien und zum Internet muss unabhängig von Einkommen und sozialem Hintergrund ermöglicht werden.~~

Ersetzen durch:

Auch in Deutschland wird die soziale, kulturelle und auch ökonomische Entwicklung immer stärker durch die Digitalisierung geprägt. Wir sehen darin eine Chance für uns alle: Sei es durch freieren Informationszugang, direktere Vernetzung mit Gleichgesinnten oder die praktische Vereinfachung in der Organisation des Alltags. Das Internet ist Teil unserer Realität und Feld gesellschaftlicher Auseinandersetzungen.

Der gesellschaftliche Rahmen der Digitalisierung ist von sozialer Spaltung durchzogen. Menschen ohne ausreichenden Zugang zum Internet sind von den Chancen der Digitalisierung ausgeschlossen. Beteiligung im Internet verändert zwar nicht alleine die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, aber es ändert einige wichtige Voraussetzungen, wie Teilhabe an Kommunikation und gesellschaftlich

relevanten Informationen. Aus unserer Sicht ist der Zugang zum Netz demnach ein Grundrecht. Als Teil des soziokulturellen Existenzminimums ist er Voraussetzung zur Teilhabe am sozialen Leben. Das alles geschieht aber nicht von selbst, sondern muss in gesellschaftlichen Kämpfen durchgesetzt werden.

Begründung:

Digitalisierung ist mehr als Internet und schneller Zugang zu Informationen. Der Zugangsteil ist zu schwach formuliert.

Änderungsanträge zum Kapitel XI. Integration heißt soziale Offensive und gleiche Rechte für alle: Eine solidarische Einwanderungsgesellschaft (Zeile 2172 bis Zeile 2249)

Gutes Zusammenleben

Zeile 2174 bis 2175:

Ein gutes Zusammenleben ist nicht voraussetzungslos. ~~Integration~~ Eine auf Partizipation und Anerkennung basierende Gesellschaft braucht eine soziale Infrastruktur, die nicht privaten Profitinteressen, sondern dem öffentlichen Bedarf verpflichtet ist.

Begründung:

Selbsterklärend

Gegen Unterwerfung und Assimilation

Zeile 2180: Nach Zeile 2180 einfügen:

Eine Integration, die auf einem System von bürokratischen und juristischen Schikanen aufbaut und Migrantinnen, Migranten und Geflüchtete permanenter Diskriminierung und Diffamierung aussetzt ist keine. Eine Integration, die auf Unterwerfung und Assimilation beruht, lehnen wir grundsätzlich ab! Integration ist keine Bringschuld, die Migrantinnen, Migranten und Geflüchtete zu erbringen haben.

Begründung:

Selbsterklärend

Legalisierung von papierlosen Menschen!

Zeile 2203: Einfügen nach 2203 als eigenes Kapitel.

Legalisierung von papierlosen Menschen

Wir brauchen eine intensivere Politik für Menschen, die sich ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland aufhalten, um deren Recht- und Perspektivlosigkeit zu beenden. Dabei ist es wichtig, dass sowohl langfristige Konzepte entwickelt als auch kurzfristige Maßnahmen durchgeführt werden. Betroffen sind zum Beispiel Migrantinnen und Migranten, die zwar als Arbeitskräfte im Haushalt, im Gastgewerbe oder in der Altenpflege sehr geschätzt sind, aber aus den verschiedensten Gründen (abgelehnte Asylanträge, abgelaufene Duldungen von Flüchtlingen aus Bürgerkriegsgebieten, Entzug des Aufenthaltsrechts, abgelaufene Visa, nicht erneuerte Arbeitsgenehmigungen, Verlust des Aufenthaltsrechts durch Scheidung) keine gültige Aufenthaltsbewilligung mehr haben.

Für diese Menschen wollen wir den Bildungszugang und die medizinische Versorgung sicherstellen. Zudem fordern wir eine Initiative zur Legalisierung von Menschen, die sich ohne gültige

Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland befinden. Diese sollen eine unbefristete Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis erhalten, um ein geregeltes Leben in Würde führen zu können.

Begründung:

Wir dürfen nicht nur bei Demos „Kein Mensch ist illegal“ skandieren, sondern müssen uns der Tatsache stellen, dass es in unserem Land Hunderttausende von Menschen gibt, die aus den verschiedensten Gründen (abgelehnte Asylanträge, abgelaufene Duldungen von Flüchtlingen aus Bürgerkriegsgebieten, Entzug des Aufenthaltsrechts, abgelaufene Visa, nicht erneuerte Arbeitsgenehmigungen, Verlust des Aufenthaltsrechts durch Scheidung) keine gültige Aufenthaltsbewilligung mehr haben. Diesen Menschen müssen wir in unsere Politik einbeziehen. Amnestien für papierlose Menschen nach den Vorschlägen der thüringischen Landesregierung befürworten wir.

Selbstbestimmtes Leben geflüchteter Frauen

Zeile 2210: Nach Zeile 2210 einfügen

Generell sind Maßnahmen zu ergreifen, die geflüchteten Frauen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Hierfür sind gezielte Programme ständig und flächendeckend aufzulegen.

Begründung:

Selbsterklärend.

Änderungsanträge zum Kapitel XII. Für einen linken Feminismus – sozial gerecht, selbstbestimmt und aktiv gegen Gewalt (Zeile 2250 bis Zeile 2466)

Vorschlag der Ema.Li für ein neues Kapitel XII. Für einen linken Feminismus – sozial gerecht, selbstbestimmt und aktiv gegen Gewalt

Zeile 2252 bis 2466: Die feministischen Bewegungen und viele mutige Menschen haben in den vergangenen Jahrzehnten so manchen Fortschritt erkämpft – auch gegen heftige Widerstände: stereotype Rollenbilder wurden aufgeweicht und es sind mehr Frauen erwerbstätig als noch eine Generation zuvor.

Doch die Transformation der Geschlechterverhältnisse ist unvollendet. Noch immer sind die Tätigkeiten zwischen den Geschlechtern ungerecht verteilt. Noch immer verdienen Frauen im Schnitt 21 Prozent weniger als Männer, in vielen Bereichen trotz gleicher Qualifikation. In den Familien übernehmen im Durchschnitt immer noch die Frauen einen Großteil der Haus- und Pflegearbeit. Und Berufe, in denen überproportional viele Frauen arbeiten, sind in der Regel nicht nur die schlechter bezahlten, sondern auch gesellschaftlich weniger wertgeschätzten.

Die Führungsetagen sind überwiegend von Männern besetzt. Das Tabu von Sexismus ist umkämpft, Verteidiger eines Patriarchats finden sich in bürgerlichen Zeitungen wie in rechten und konservativen Parteien.

Im wachsenden Niedriglohnsektor finden sich überproportional viele Frauen, meist mit Migrationshintergrund, wider. Frauen arbeiten häufiger in unfreiwilliger Teilzeit, viele nehmen unbezahlte Pflege- oder Erziehungszeiten. Das führt dazu, dass vor allem Frauen von Altersarmut betroffen sind. Frauen erleben Sexismus zu Hause, am Arbeitsplatz und in der Öffentlichkeit, bis zu sexueller Belästigung oder Gewalt. Migrant*innen sind zudem von Rassismus und besonders krasser Ausbeutung betroffen.

Von rechts wird die heteronormative Kleinfamilie, Vater, Mutter, Kind, als vermeintlich sicherer Hafen in unsicheren Zeiten verkauft. Die rechtspopulistische Bewegung macht Stimmung gegen Menschen und deren Forderungen nach Gleichstellung, die nicht in ihr reaktionäres Weltbild passen. Sie instrumentalisiert feministische Kritik für ihre rassistischen Parolen. Diesem Kulturkampf von rechts stellt DIE LINKE einen solidarischen und freiheitlich-emanzipatorischen Gesellschaftsentwurf entgegen, in dem alle selbstbestimmt leben können. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der Menschen sich frei von Existenzangst und Diskriminierung entfalten können. Wir streiten für die Gleichwertigkeit aller Lebensentwürfe, sexueller Orientierungen und geschlechtlicher und ethnischer Identitäten.

Es geht nicht bloß um bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir brauchen neue

Arbeitszeitmodelle – und zwar für alle! Wir streiten deshalb für eine revolutionäre Veränderung der Gesellschaft, in der alle Tätigkeiten und Bedürfnisse zu ihrem Recht kommen, und nicht die Erwerbsarbeit allein den Takt vorgibt. Eine solche Gesellschaft muss verschiedene Lebensentwürfe absichern und Selbstbestimmung in Solidarität fördern. Geschlechtergerechtigkeit bedeutet Emanzipation für die ganze Gesellschaft, ein gemeinsames Ziel – statt Anpassung um jeden Preis an neoliberale Strukturen, die auf Dominanz und Konkurrenz beruhen. Das ist linker Feminismus.

Zeit für eine radikale Umverteilung von Erwerbs- und Sorge-Arbeit

Dass wir die notwendigen Lebensmittel mit weniger Arbeit herstellen, könnte ein Glück sein: Wenn die Arbeit gerecht verteilt wird. Stattdessen müssen die einen Überstunden leisten, während andere gar keine Erwerbsarbeit finden. Um selbstbestimmt zu leben, brauchen wir eine andere Verfügungsmacht über die eigene Lebenszeit. Sie hat vier Bestandteile, die zusammengehören, eine Vier-in-Einem-Perspektive: Zeit für Erwerbsarbeit, für Familie und Freund*innen, für gesellschaftliches Engagement, Bildung und Kultur sowie ausreichend Erholung und Zeit für sich selbst. Wir wollen:

- ⑩ eine 30-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich (vgl. Kapitel Gute Arbeit).
- ⑩ ein individuelles Recht auf Teilzeit sowie den Anspruch auf die vorherige Arbeitszeit, die Einführung von Auszeiten-Regelungen und die stärkere Kontrolle von Überstunden und Arbeitszeitgesetzen durch Betriebsräte, Personalräte und Vertretungen der Mitarbeiter*innen.
- ⑩ Die Stärkung sozialer Dienstleistungen und der öffentlichen Daseinsvorsorge durch bessere Finanzierung und mehr Personal.
- ⑩ Alle Menschen sollen gleichermaßen freie Zeit genießen können und Zugang zu unterschiedlichen Freizeit- und Kulturangeboten haben.
- ⑩ Gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit! Dafür brauchen wir ein verbindliches Entgeltgleichheitsgesetz samt Verbandsklagerecht, damit Frauen nicht mehr allein vor Gericht ziehen müssen.
- ⑩ Die gerechte Verteilung von Erwerbsarbeit, unbezahlter Hausarbeit, Erziehung und Betreuung sowie von Pflege innerhalb der Gesellschaft und zwischen den Geschlechtern.
- ⑩ Ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, das nicht nur 101 Dax notierten Unternehmen und nicht nur die Aufsichtsräte betrifft.

- ⑩ Weg mit der unverbindlichen Flexi-Quote! Wir brauchen eine verbindliche Frauenquote von 50 Prozent für alle Aufsichtsräte sowie für die Vorstände aller Unternehmen.

Frauen leisten den Hauptanteil der sogenannten Sorge-Arbeit. Dabei steht die Sorge im Zentrum einer solidarischen Gesellschaft. Wer sich professionell um andere sorgt, seien es Kinder, Alte, Menschen mit Behinderung oder Kranke, verdient ein hohes Maß gesellschaftlicher Anerkennung – nicht nur, aber auch finanziell. Viele werden zwischen Sorgeverpflichtung und eigener Erwerbsarbeit zerrieben, häufig ist der Bezug von Hartz IV das traurige Ergebnis. Erwerbstätige Frauen sind oft gezwungen ihr soziales Umfeld zu verlassen, sodass sie sich nicht mehr um die ihnen nahestehenden Menschen kümmern können. Doch öffentliche Angebote zur Pflege fehlen, professionelle Rund-um-die-Uhr-Betreuung können sich nur wenige leisten.

Wir brauchen ein grundsätzliches Umdenken, wie Sorge- und Pflegearbeit verteilt und anerkannt wird. Deshalb fordern wir im Sinne einer »Care Revolution«:

- ⑩ Eine solidarische Pflegevollversicherung (vgl. Kapitel Gerechte Pflege).
- ⑩ Einen Rechtsanspruch für Beschäftigte auf regulär und durch den Arbeitgeber bezahlte Freistellung von bis zu sechs Wochen für die akut notwendige Pflegeversorgung. Menschen übernehmen heute in sehr unterschiedlichen Lebensmodellen Verantwortung füreinander. Der Rechtsanspruch auf Pflegezeit muss daher auch für Angehörige ohne verwandtschaftliche Beziehung gelten.
- ⑩ Die volle Anrechnung von Kindererziehung und eine höhere Anrechnung von Pflegezeiten bei der Rentenberechnung. So wirken wir Altersarmut entgegen, von der vor allem Frauen betroffen sind.

Vielfalt stärken

Vielfalt ist für uns kein Lippenbekenntnis, sondern eine Selbstverständlichkeit, ein Zeichen von Lebensqualität und Humanismus. Dafür müssen wir nicht nur gegen Diskriminierung kämpfen, sondern uns aktiv für die (Selbst-)Organisation von sozial und politisch ausgegrenzten Menschen einsetzen, die unsere Vision von einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft teilen. Wir stehen an der Seite derjenigen, die von prekärer Arbeit und Niedriglohn, ungleichen Bildungschancen, Rassismus, Sexismus, Behindertenfeindlichkeit und Altersdiskriminierung, Homo- und Transphobie betroffen sind.

Wir wollen, dass vielfältige Lebensweisen rechtlich gleichgestellt werden und setzen uns für ihre gesellschaftliche Akzeptanz ein. Dazu gehört, die Ungleichbehandlung von eingetragenen Lebenspartnerschaften zu überwinden. Bisher sind Ehe und Lebenspartnerschaft in den Pflichten gleichgestellt (z.B. gegenseitige Unterhaltspflichten). Doch gleiche Rechte, wie z.B. ein gemeinsames Adoptionsrecht, haben sie nicht.

Die Anerkennung aller Familienformen und Lebensentwürfe ist für uns leitendes Prinzip. Überkommene Privilegien der Ehe sollen überwunden werden. Deswegen sollen der besondere Schutz und die Förderung durch Staat und Gesellschaft in Zukunft nicht Ehepaaren, sondern denjenigen zu Gute kommen, die mit Kindern oder Pflegebedürftigen leben und Kompensation für daraus erwachsende Nachteile benötigen.

- ⑩ Die staatliche Subventionierung eines überholten Alleinernter- oder Zuverdiener*innen-Modells wollen wir beenden. Stattdessen sollen die tatsächlichen Betreuungs- und Pflegeleistungen sowie das Zusammenleben mit Kindern steuerlich gefördert und im Rentenrecht ausgeglichen werden. Das Ehegattensplitting wird durch familienfreundliche Steuermodelle ersetzt. Dabei muss das steuerliche Existenzminimum frei übertragbar sein.
- ⑩ Wir wollen die Öffnung der Ehe und das volle Adoptionsrecht für alle. Sämtliche medizinischen Leistungen müssen auch nicht-verheirateten und lesbischen Frauen zur Verfügung stehen.

Kinder brauchen Erwachsene, die sich liebevoll und verbindlich um sie kümmern. Eltern und Sorgeberechtigte sind nicht unbedingt dieselben Personen. Wir setzen uns dafür ein, dass auch (bis zu) vier Personen Eltern für ein Kind sein können, also in Co-Elternschaft das gemeinsame Sorgerecht innehaben. Neben den Pflichten betrifft das auch Rechte wie Kinderfreibeträge und Rentenansprüche. Diese vertraglich zu regelnde Verbindlichkeit betrifft umgekehrt auch Rechte des Kindes gegenüber allen Elternteilen, wie Unterhaltsanspruch und Erbe.

Selbstbestimmung über den eigenen Körper

Die Ordnung der Zweigeschlechtlichkeit – die Anforderung der Gesellschaft, sich unzweifelhaft als Frau oder Mann zu definieren – grenzt aus. Eine geschlechtergerechte Politik muss darauf hinwirken, Frauen, Männer, Trans* Menschen und Intersexuelle gleichzustellen, ohne dass ein Geschlecht oder eine Lebensweise als Norm gesetzt wird.

Geschlechtergerechtigkeit muss schon im Kindesalter durch vielfältige Rollenangebote gefördert und dabei Raum für persönliche Entfaltung und geschlechtliche Vielfalt gesichert werden.

Wir unterstützen Trans* Menschen in ihrem Kampf für das Recht auf selbstbestimmte Geschlechtsidentität. Das beginnt damit, Trans* Identitäten nicht mehr als Krankheit zu betrachten.

- ⑩ Begutachtungspflicht, Therapiezwang und das gerichtliche Verfahren müssen abgeschafft werden, wenn es darum geht, Vornamen und Personenstand zu ändern.

Stattdessen muss dieses Verfahren in einen Verwaltungsakt überführt und auf Antrag ohne Vorbedingung diskriminierungsfrei geregelt werden.

- ⑩ Das Transsexuellengesetz muss als Sondergesetz aufgehoben und in bestehendes Recht integriert werden. Im Sinne einer bedürfnisorientierten und präventiven Gesundheitsversorgung brauchen Trans*Menschen (auch Geflüchtete) Zugang zu allen transspezifischen medizinischen, therapeutischen und beratenden Leistungen und eine unbürokratische Kostenübernahme durch die Krankenkassen. Alle benötigten Leistungen müssen im Katalog der Kostenträger enthalten sein. Wir setzen uns für den flächendeckenden Ausbau von Beratungsangeboten in Zusammenarbeit mit Trans*Initiativen ein.
- ⑩ Medizinisch nicht notwendige, frühkindliche Operationen an Intersexuellen zum Zwecke der Geschlechtsangleichung dürfen nur durchgeführt werden, wenn diese ihre Zustimmung gegeben haben.
- ⑩ Wir fordern Beratungs- und Aufklärungszentren für Betroffene und deren Angehörige sowie einen Entschädigungsfond für Intersexuelle, denen durch geschlechtsangleichende Operationen erhebliches Leid widerfahren ist.
- ⑩ Wir wollen den Schutz vor Diskriminierungen aufgrund der geschlechtlichen Identität, sexuellen Orientierung und Lebensweise in Artikel 3 Grundgesetz und in das Antidiskriminierungsgesetz aufnehmen. Um dieses erweiterte Grundrecht zu garantieren, braucht es Antidiskriminierungsstellen, ein echtes Klagerecht für Verbände im Allgemeinen Gleichstellungsgesetz sowie dessen EU-rechtskonforme Ausgestaltung.
- ⑩ Die Unrechtsurteile der nach §175 StGB in der BRD und DDR verfolgten Homosexuellen und Trans*Menschen müssen aufgehoben werden! Die Betroffenen müssen vollständig rehabilitiert und entschädigt werden.
- ⑩ Wir setzen uns ein für das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung und Selbstbestimmung über den eigenen Körper. In diesem Sinne sind wir für die Streichung der Paragraphen 218 und 219 aus dem Strafgesetzbuch, die Schwangerschaftsabbruch weiterhin als Straftatbestand aufführen und nur unter der Bedingung einer Zwangsberatung in den ersten drei Monaten straffrei lässt.

Wir unterstützen Maßnahmen und Angebote, die auf einen Wandel des gesellschaftlichen Bewusstseins zielen. In den Lehrplänen der Bildungseinrichtungen muss sich die real existierende Vielfalt an Lebensentwürfen und Identitäten abbilden: Klischees von Männlichkeit und Weiblichkeit sollen nicht mehr unkritisch reproduziert werden, sexuelle und geschlechtliche Vielfalt dürfen kein Tabu mehr sein.

Schutz vor Gewalt

Das Schaffen von Schutzräumen vor Gewalt muss als bundespolitische Pflichtaufgabe anerkannt und rechtlich verbindlich verankert werden. Sicherer, schneller und bedarfsgerechter Schutz und qualifizierte Hilfe in Frauenhäusern und anderen Schutzräumen sowie Frauenberatungsstellen müssen den Betroffenen zugänglich sein – unabhängig von ihrem körperlichen Zustand, ihrem Aufenthaltsstatus oder ihrer Lebenssituation. Dies muss einheitlich durch den Bund finanziert werden.

- ⑩ Schutz- und Hilfseinrichtungen sollen einzelfallunabhängig, pauschal und verlässlich finanziert sowie barrierefrei werden. Die Finanzierung über Tagessätze muss beendet werden. Die Finanzierung der Frauenhäuser ist Bestandteil einer Schutzpflicht und darf nicht länger eine freiwillige Leistung bleiben. Hier muss auch der Bund endlich in die Verantwortung genommen werden und die Kommunen entsprechend finanziell ausstatten.
- ⑩ Staatliche Behörden wie Polizei, Gerichte und Ämter müssen für das Thema Gewalt gegen Frauen sensibilisiert werden. Besondere Aufmerksamkeit gilt dem Umgangs- und Sorgerecht, wenn Kinder als Zeugen oder selbst von Gewalt betroffen sind.

Gesellschaftliche Machtverhältnisse schlagen sich auch in der Sexarbeit nieder. In der LINKEN werden unterschiedliche Wege diskutiert, wie Zwangsprostitution verhindert und die Rechte selbstbestimmt arbeitender Sexarbeiter*innen gestärkt werden können. Eine Zwangsregistrierung lehnen wir ab. Stattdessen setzen wir uns ein für den Ausbau von niedrigschwelligen Angeboten zur Unterstützung und Beratung. DIE LINKE will Opfer von Menschenhandel besser schützen. Solange die Betroffenen keinen sicheren und eigenständigen Aufenthaltsstatus erhalten, sind die Täter*innen durch die Angst der Opfer geschützt.

- ⑩ Aufenthaltstitel, Schutz und Entschädigung müssen unabhängig von der Bereitschaft der Opfer, als Zeug*in in einem Strafverfahren auszusagen, gewährt werden.
- ⑩ Um sich in Deutschland eine Zukunft aufbauen zu können, fordern wir für die Betroffenen Therapiemittel, medizinische sowie psychologische Betreuung, Rechtsbeistand und Rechtshilfe, Zugang zu sozialen Leistungen und Bildungsangebote.
- ⑩ Eine besondere Rolle spielt Gewalt gegen Frauen in Kriegs- und Krisengebieten. Obwohl das Zuwanderungsgesetz in Deutschland die geschlechtsspezifische Verfolgung als Asylgrund anerkennt, haben in der Praxis viele betroffene Frauen keine Chance auf Asyl. Auch der Schutz in Flüchtlingsunterkünften ist ungenügend.

Wir wollen eine bedarfsorientierte Unterbringung und ausreichend Schutzräume für Geflüchtete und ihre Kinder. Diese hoheitliche Aufgabe muss von Personal übernommen werden, das qualifiziert

Begründung:

Der im Entwurf zum Leitantrag formulierte Text zum Thema „Linker Feminismus“ fußt in großen Teilen auf einem verkürzten Begriff von Feminismus der 70er und 80er Jahre. Hier wird der Fokus auf die Stärkung von Frauen und ihren Rechten gesetzt. Das ist wichtig, aber nicht hinreichend. Eine queere Perspektive wird lediglich an das Ende des Textes angehängt. Somit reproduziert der Text weitgehend eine zweigeschlechtlich normierte Welt.

Der Text des Ersetzungsantrags hingegen betont von Beginn an die gemeinsamen Ziele aller Menschen, die sich gegen Diskriminierung und Ausgrenzung von Gruppen stellen – egal, ob sie Frauen oder Männer, Lesben, Schwule, Transsexuelle, Transgender, Bisexuelle oder Intersexuelle sind. Dieses Verständnis von Feminismus ist auf der Höhe der theoretischen Debatte. Benachteiligte Gruppen werden als selbstbestimmt handelnde Aktive konkret angesprochen – und nicht als Objekte abstrakter Machtverhältnisse begriffen. Feminismus ist heute vielfältig und themenübergreifend. Das muss so im aktuellen Programm der LINKEN abgebildet werden.

Gleichstellung und gesellschaftliche Akzeptanz der Vielfalt der Lebensweisen

Zeile 2362 bis 2363:

~~Wir wollen die Öffnung der Ehe und das volle Adoptionsrecht für alle. Reproduktionsmedizin muss auch nicht verheirateten und lesbischen Frauen zur Verfügung stehen.~~

Ersetzen durch

Wir streiten für die rechtliche Gleichstellung und gesellschaftliche Akzeptanz der Vielfalt der Lebensweisen. Darum bekennen wir uns zu einem Pluralismus des Zusammenlebens. Wir treten ein für eine Politik, die der Vielfalt der Lebensstile gerecht wird und eine wirklich freie Entscheidung für die individuell gewünschte Form des Zusammenlebens ermöglicht.

Ein erster Schritt hierzu ist die vollständige Überwindung der Ungleichbehandlung der eingetragenen Lebenspartnerschaft gegenüber der Ehe. Daher fordern wir die Öffnung der Ehe, um rechtliche Gleichstellung für alle zu ermöglichen. Das Rechtsinstitut der eingetragenen Lebenspartnerschaft war ein Übergangsgesetz. Es ist gesellschaftlich überholt.

Wir Treten ein für das volle Adoptionsrecht für alle. Reproduktionsmedizin muss auch nicht-verheirateten und lesbischen Frauen zur Verfügung stehen.

Begründung:

In Zeile 2351 zu schreiben „Die Anerkennung aller Familienformen und Lebensentwürfe ist für uns leitendes Prinzip.“ um dann zu schlussfolgern, „Wir wollen die Öffnung der Ehe“ verfehlt das angestrebte Ziel, die „Anerkennung aller Familienformen und Lebensentwürfe“ zu erreichen um Längen. Die Öffnung der Ehe kann nur ein Schritt hin zu einer rechtlichen Gleichstellung und gesellschaftliche Akzeptanz der Vielfalt der Lebensweisen. Dieser Schritt ist zwar ein Symbolisch besonders wichtiger, aber einzig zu fordern „Wir wollen die Öffnung der Ehe“ bleibt beim ersten Schritt stehen und vergisst all jene Menschen, die Ehe nicht nutzen wollen, sondern anders zusammenleben möchten. Die Legitimität der Forderung nach Gleichstellung im Sinne von gleichem Zugang zur Ehe (solange es sie in dieser Form gibt) um eine Beziehung rechtlich abzusichern und anerkennen zu lassen stellt die

Änderung der Bewertung der Bedeutung der Öffnung Ehe nicht in Frage.

Die Ehe wie sie heute ist, auf "alle" (was immer noch bei weitem nicht wirklich "alle" sind) Lebenspartnerschaften zu öffnen, finde wir insofern falsch, als das dadurch ein im Kern immer noch patriarchalisches Modell, das nach wie vor auch zur Festigung von Abhängigkeitsverhältnissen dient, nur auf einen weiteren Personenkreis ausgeweitet wird.

Klar ist: Wer die Möglichkeit zu heiraten verbietet oder verweigert, beschneidet Rechte von Menschen, darum muss die Ehe geöffnet werden. Klar ist aber auch: durch die Öffnung der Ehe ändert sich nichts an der Situation jener, die sie grundsätzlich als Form des Zusammenlebens ablehnen. Darum darf, wie im Entwurf, die Bedeutung einer Öffnung der Ehe nicht überhöht werden sondern muss auf das ihr zustehende Maß zu Recht gestutzt werden. Darum dieser Änderungsantrag.

Verfolgung aufgrund der sexuellen oder Geschlechtlichen Identität als Fluchtgrund

Zeile 2466:nach Zeile 2466 einfügen.

LSBTIQ*- Personen werden in vielen Ländern mit dem Tod bedroht, häufig auch in sogenannten sicheren Herkunftsländern. Verfolgung aufgrund der sexuellen oder Geschlechtlichen Identität ist ohne Einschränkung als Fluchtgrund anzuerkennen, unabhängig vom Herkunftsland.

Begründung:

Weltweit gibt es in mehr als 70 Staaten Gesetze gegen homosexuelle Handlungen - in sieben Staaten droht die Todesstrafe. In einigen Ländern beziehen sich die gesetzlichen Regelungen nur auf Männer, Frauen werden dort nicht explizit erwähnt. Einige Länder haben in den vergangenen Jahren ihre Gesetze sogar verschärft, zum Beispiel Nigeria und Liberia in den Jahren 2011 und 2012. Im Dezember 2013 verabschiedete das Parlament von Uganda ein Gesetz, das für wiederholte homosexuelle Handlungen lebenslange Haft vorsieht.

In Somalia, dem Iran, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Saudi-Arabien steht gar die Todesstrafe auf Homosexualität und wird auch verhängt und ausgeführt – in fünf weiteren Ländern steht sie zumindest im Gesetz, wird aber nicht angewendet (Jemen, Afghanistan, Sudan, Mauretanien und Nigeria). Angesichts der Verfolgungssituation in Tschetschenien sowohl durch staatliche Stellen als auch durch nicht-staatliche Gewalt (z. B. Ehrenmorde) kommt eine Abschiebung Homosexueller nach Tschetschenien einem Todesurteil gleich. Auch ihre Abschiebung nach Polen und Russland ist aufgrund der dortigen homophoben Einstellungen und Gewaltakte nicht vertretbar.

Konsequente Ahndung von Gewalt und Gewaltverherrlichungen

Zeile 2449 bis 2450:

Alle Formen von Gewalt und Gewaltverherrlichungen gegen Frauen auch in den unterschiedlichsten Medien müssen konsequent geahndet werden.

Ändern In:

Alle Formen von Gewalt und Gewaltverherrlichungen gegen Frauen, auch in den unterschiedlichsten Medien, müssen konsequent geahndet werden. Ebenso müssen Gewalt und Gewaltverherrlichungen gegen Kindern und LSBTTIQ* Menschen konsequent geahndet werden.

Begründung:

Ein Kapitel, das die Überschrift „Schutz von Frauen, Kindern und Trans*Menschen vor Gewalt“ trägt, aber dann als Forderung nur die konsequente Ahndung von Gewalt und Gewaltverherrlichungen gegen Frauen fordert ist inkonsequent.

Schutz von Frauen, Kindern und LSBTTIQ* Personen

Zeile 2434 bis 2435:

Das Schaffen von Schutzräumen ~~Schutz von Frauen, Kindern und Trans*Menschen~~ vor Gewalt muss als bundespolitische Pflichtaufgabe anerkannt und rechtlich verbindlich verankert werden.

Begründung:

Wenn, dann müsste es Schutz von Frauen, Kindern und LSBTTIQ* Personen heißen. Das ist aber nie wirklich vollständig. Wir nehmen einfach mal an, dass wir auch z.B. schwule, intersexuelle und queere Personenvor Gewalt schützen wollen.

Schutz von Frauen, Kindern und LSBTTIQ* Personen vor Gewalt

Zeile 2433:

Schutz von Frauen, Kindern und ~~Trans*Menschen~~ LSBTTIQ* Personen vor Gewalt

Begründung:

Wenn, dann müsste es Schutz von Frauen, Kindern und LSBTTIQ* MenschenWir nehmen einfach mal an, dass wir auch z.B. schwule, intersexuelle und queere Menschen vor Gewalt schützen wollen.

Änderungsanträge zum Kapitel XIII. Menschen vor Profite – für eine soziale, ökologische und demokratische Wirtschaft der Zukunft (Zeile 2467 bis Zeile 3239)

Banken unter demokratische Kontrolle bringen

Zeile 2524:

~~Finanzmärkte schrumpfen und die Macht der Banken brechen~~ unter demokratische Kontrolle bringen

Begründung:

Die Überschrift verspricht etwas, was der Abschnitt nicht hält. Darum die Änderung.

Wieder dem Mythos vom guten schaffenden Kapitalismus und dem bösen raffenden Finanz-Kapital

Zeile 2525 bis 2530:

~~Die Ursachen der Finanz- und Weltwirtschaftskrise sind nicht überwunden – weil die Regierungen nicht den Mut hatten, sich mit den Großbanken, Hedge-Fonds und den Multi-Milliardären anzulegen. Wenn die Spekulation schneller wächst als die wirtschaftliche Produktion sind immer neue Krisen die Folge. Zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise kann nur eines beitragen: Ein wirklicher Bruch mit dem Finanzkapitalismus. ist notwendig. Die Notwendige Alternative dazu ist, dass der den Sozialstaat und die Demokratie in Europa weiter ausgehöhlt werden zu stärken. Wir wollen die Gesellschaft und die Demokratie aus dem Würgegriff der Finanzkonzerne aus der allgegenwärtigen Verwertungslogik befreien:~~

Begründung:

In jeder Krise wächst der Mythos von dem guten schaffenden Kapitalismus und dem bösen raffenden Finanz-Kapital. Wer die Kritik am Kapitalismus auf Banken und Finanzmärkte reduziert, adelt die Ausbeutung bei VW, Daimler, Oetker usw. und meistens auch das vaterländische Kapital. Das Finanzdebakel ist immer nur eine Folge der Krise, eine Folge des sinkenden Profits, der zu einer Flucht des Geldes in die Spekulation führt. Und Realkapital und Finanzkapital lassen sich nicht trennen, schon gar nicht nach gut und böse. Und besonders absurd wird die Trennung, wenn behauptet wird, dass nur ein Bruch mit dem Finanzkapitalismus verhindert, dass der Sozialstaat und die Demokratie in Europa weiter ausgehöhlt werden. Ja, klar, der Kapitalismus in Reinform hat ja auch noch nie den Sozialstaat und die Demokratie ausgehöhlt. Die Behauptung, mit dem Finanzkapitalismus sei das Böse gekommen, impliziert, dass es vorher einen guten Kapitalismus gab.

Keine Reduzierung der Kritik am Kapitalismus auf Finanzen und Banken.

Zeile 2528 bis 2529:

Ein wirklicher Bruch mit dem Finanzkapitalismus ist notwendig - die Alternative dazu ist, dass der Sozialstaat und die Demokratie in Europa weiter ausgehöhlt werden

Begründung:

Die Behauptung, mit dem Finanzkapitalismus sei das Böse auf die Welt gekommen, huldigt dem nationalistisch organisierten Kapitalbetrieb. Die Reduzierung der Kritik am Kapitalismus auf Finanzen und Banken hat das Kapital falsch in den raffenden und schaffenden Sektor getrennt und die Ausbeutung und Entfremdung des Menschen in der Mehrwertproduktion geadelt.

Blödsinn streichen

Zeile 2531 bis 2533:

~~Auf den Finanzmärkten werden verschiedene Vermögensformen (Aktien, Devisen, Derivate...) zwischen Reichen getauscht, vermehrt und in wenigen Händen konzentriert. Nur wenn die großen Vermögen umverteilt werden, versiegt die Quelle, die die Spekulation anheizt.~~

Begründung:

Das einzig Richtige ist, dass auf den Finanzmärkten verschiedene Vermögensformen (Aktien, Devisen, Derivate...) getauscht werden. Analytischer Murks ist, dass mit dem „zwischen Reichen getauscht, vermehrt und in wenigen Händen konzentriert“. Die meisten Geschäfte mit Aktien, Devisen, Derivaten usw. laufen zwischen Unternehmen, nicht zwischen Menschen (ob diese jetzt arm oder reich sind). So hat ein Konzern wie Apple 2015 bei 150 Mrd. \$ Gesamtumsatz 26 Mrd. \$ Umsatz mit dem Handel von Aktien, den von Devisen und auch den von Derivaten gemacht.

Keinen Schutz von Kriminellen!

Zeile 2579 bis 2580:

Die LINKE will ~~die Steuerflucht und~~ organisierte Steuerkriminalität ~~der Superreichen~~ bekämpfen:

Begründung:

Wir nehmen einfach mal an, das die Partei DIE LINKE allgemein Steuerflucht und organisierte Kriminalität bekämpfen will und sie, wie das Original suggeriert, für vernachlässigbar hält, wenn sie nicht von Superreichen ausgeht –große Teile des deutschen Mittelstands sind willige Steueroptimierer und -hinterzieher. Darüber hinaus, ist die Vermeidung von Steuerzahlungen keine Flucht, sondern der schlichte Versuch, sich sozialen Verpflichtungen zu entziehen.

It's capitalism, nichts anderes!

Zeile 2684 bis 2685:

Unter dem Druck der Aktionäre im Finanzkapitalismus setzen Industrieunternehmen auf Verdichtung der Arbeit, Auslagerungen und permanente Umstrukturierung.

Begründung:

Die Behauptung, mit dem Finanzkapitalismus sei das Böse auf die Welt gekommen, huldigt dem nationalistisch organisierten Kapitalbetrieb. Die Reduzierung der Kritik am Kapitalismus auf Finanzen und Banken hat das Kapital falsch in den raffenden und schaffenden Sektor getrennt und die Ausbeutung und Entfremdung des Menschen in der Mehrwertproduktion geadelt.

Unkonkreten, sogar negativen Vorschlag streichen.

Zeile 2959 bis 2960:

Wir schlagen vor, die Pendlerpauschale in eine sozial gerechte Mobilitätszulage umzuwandeln, die von den Arbeitgebern zu zahlen ist.

Begründung:

Hier handelt es sich um einen vollkommen unkonkreten, sogar negativen Vorschlag. Was soll diese Zulage sein? Wird sie pauschal oder entfernungsabhängig berechnet? Bei einer Pauschale kann man genauso gut eine Lohnerhöhung fordern. Bei Entfernungsabhängigkeit und Übernahmepflicht des Arbeitgebers werden Beschäftigte in der freien Wohnortwahl eingeschränkt. Wenn jemand nicht zur Kostensenkung näher an den Arbeitsplatz ziehen will, wird eben der Vertrag nicht verlängert oder in der Probezeit gekündigt.

Raus aus der Schulden- und Armutsfalle

Zeile 3161: nach Zeile 3161 als eigenständigen Absatz einfügen

Raus aus der Schulden- und Armutsfalle .Für eine wirkliche, soziale Reform des Verbraucherinsolvenzverfahrens.

Der Armuts- und Reichtumsbericht sagt es aus: Auf der einen Seite immer mehr Millionäre, auf der anderen Seite aber auch immer mehr verschuldete und arme Menschen. Prekäre Beschäftigung und Erwerbslosigkeit, hohe Mieten und Krankheit, um einige der vielen Gründe zu nennen, treiben die Menschen unverschuldet in die Armuts- und damit zwangsläufig auch in die Schuldenfalle. Und diese

Menschen bewegen sich oft aus Scham und Angst unterhalb des „Radars“ und werden von der Gesellschaft mit ihren Ängsten und Nöten nicht wahrgenommen, werden dadurch bei der Wohnungs- und Arbeitsplatzsuche stigmatisiert, ausgegrenzt und in prekäre Beschäftigung gedrückt. Sie haben keine Lobby.

Aber es gibt sie mit steigender Tendenz.

Alleine in Niedersachsen sind 10,42 Prozent der Menschen über 18 Jahren überschuldet. Im Langzeitvergleich 2004/2015 weist Niedersachsen nach Nordrhein-Westfalen die höchste Zunahme von Überschuldungsfällen auf. Es kann jeden treffen, aber vor allem die Zahl der Frauen und der Menschen die im Alter in die Schuldenfalle geraten steigt besorgniserregend, sagen Experten.

Alleinerziehend wird zum Risikofaktor und die Altersarmut bekommt eine ganz neue Dimension.

Die sogenannte Reform des Verbraucherinsolvenzverfahrens von 2013 hat die Lage der Menschen, die in der Schuldenfalle stecken, weiter verschlechtert und nicht verbessert. Zudem ist sie zutiefst unsozial, ungerecht, ohne wirkliche Perspektive für die Betroffenen und spaltet in zwei Klassen. Der ohnehin weitgehend mittellose Verbraucher soll, um in den Genuss der raschen Restschuldbefreiung nach drei Jahren zu kommen, 35 Prozent der Forderung zusätzlich zu den Kosten des Verfahrens (die in der Regel schon 2000 Euro betragen) begleichen. In der Praxis dürften das aber nur wenige Verbraucher schaffen, man geht von einer Quote von 1% aus. Schuldnerberatungsstellen, Richter, ja selbst Wirtschaftsauskunftsunternehmen beschreiben die Voraussetzungen als "utopisch".

Die wenigen wirtschaftlich starken Schuldner werden bevorzugt, die prekären werden nochmals bestraft.

Den betroffenen Menschen muss schnellstmöglich wieder eine selbstbestimmte Teilhabe am wirtschaftlichen Leben ohne Bevormundung und damit auch an der gesellschaftlichen Teilhabe ermöglicht werden. Diese Teilhabe ist unabdingbar, nicht verhandelbar und damit ein wesentlicher Eckpfeiler in allen Belangen der sozialen Gerechtigkeit. Eine grundlegende, wirkliche Reform des Verbraucherinsolvenzverfahrens die den Belangen der betroffenen Menschen wirklich gerecht wird, ihre Rechte und ihre Teilhabe stärkt, sie nicht stigmatisiert und ausgrenzt, ist somit zwingend erforderlich.

Darum will DIE LINKE:

Eine vollständige Restschuldbefreiung inklusive der Verfahrenskosten ohne Wenn und Aber nach 36 Monaten. Die Diskriminierung und Benachteiligung von Menschen in prekären Verhältnissen ist zu verhindern und auszuschließen.

Menschen, die schon durchgehend seit mindestens 72 Monaten im Schuldturn (öffentliches Schuldnerverzeichnis) eingetragen sind, erhalten eine verkürzte vollständige Restschuldbefreiung von 12 Monaten.

Schulden verhindern bevor sie entstehen. Stärkung der Schuldnerberatungsstellen. Einrichtung einer mobilen Schuldnerberatung in ländlichen Gebieten. Jeder betroffene Verbraucher sollte spätestens nach 14 Tagen einen Termin bekommen. Kostenfreie juristische Hilfe für jeden betroffenen Verbraucher ohne Bedingungen.

Begründung:

Alleine in Niedersachsen sind 10,42 Prozent der Menschen über 18 Jahren überschuldet. Im Langzeitvergleich 2004/2015 weist Niedersachsen nach Nordrhein-Westfalen die höchste Zunahme

von Überschuldungsfällen auf. Es kann jeden treffen, aber vor allem die Zahl der Frauen und der Menschen die im Alter in die Schuldenfalle geraten steigt besorgniserregend, sagen Experten.

Alleinerziehend wird zum Risikofaktor und die Altersarmut bekommt eine ganz neue Dimension.

Die sogenannte Reform des Verbraucherinsolvenzverfahrens von 2013 hat die Lage der Menschen, die in der Schuldenfalle stecken, weiter verschlechtert und nicht verbessert. Zudem ist sie zutiefst unsozial, ungerecht, ohne wirkliche Perspektive für die Betroffenen und spaltet in zwei Klassen. Der ohnehin weitgehend mittellose Verbraucher soll, um in den Genuss der raschen Restschuldbefreiung nach drei Jahren zu kommen, 35 Prozent der Forderung zusätzlich zu den Kosten des Verfahrens (die in der Regel schon 2000 Euro betragen) begleichen. In der Praxis dürften das aber nur wenige Verbraucher schaffen, man geht von einer Quote von 1% aus. Schuldnerberatungsstellen, Richter, ja selbst Wirtschaftsauskunftsunternehmen beschreiben die Voraussetzungen als "utopisch".

Die wenigen wirtschaftlich starken Schuldner werden bevorzugt, die prekären werden nochmals bestraft.

Den betroffenen Menschen muss schnellstmöglich wieder eine selbstbestimmte Teilhabe am wirtschaftlichen Leben ohne Bevormundung und damit auch an der gesellschaftlichen Teilhabe ermöglicht werden. Diese Teilhabe ist unabdingbar, nicht verhandelbar und damit ein wesentlicher Eckpfeiler in allen Belangen der sozialen Gerechtigkeit. Eine grundlegende, wirkliche Reform des Verbraucherinsolvenzverfahrens die den Belangen der betroffenen Menschen wirklich gerecht wird, ihre Rechte und ihre Teilhabe stärkt, sie nicht stigmatisiert und ausgrenzt, ist somit zwingend erforderlich.

Gerechte Besteuerung

Zeile 2729 bis 2731

Ohne eine gerechte Besteuerung der Superreichen fehlen die Mittel für Investitionen in eine ökologische Mobilitätswende, den Umbau der Infrastruktur, unserer Städte und der Landwirtschaft.

Begründung:

Hier wird ein fehlerhafter Fokus unserer Steuergesetzgebung genutzt die Nutznießer dieses fehlerhaften Steuersystems als daran schuldig darzustellen – Dabei hat doch der Bundestag die Gesetze gemacht – nicht die Menschen die davon profitieren.

In Zeiten in denen gesellschaftliche Wertschöpfung entkoppelt ist von den Einkommen der wertschöpfenden Personen ist es sinnlos Steuersysteme hauptsächlich aufgrund der Lohn-/Einkommenssteuer aufzubauen. Wertschöpfung findet innerhalb juristischer Personen (a.k.a. Unternehmen) statt – nicht mehr in natürlichen Personen. Eine Fokussierung unserer Politik auf natürliche Personen verkennt den Charakter unserer Kritik: Es geht gegen das System! Nicht gegen die Menschen die für es stehen!

Änderungsanträge zum Kapitel XIV. Nein zum Krieg. Für eine demokratische und gerechte Welt (Zeile 3240 bis Zeile 3541)

Imperiale Politik

Zeile 3276 bis 3278:

Wir setzen auf die Stärkung zivilgesellschaftlicher Initiativen und völkerrechtlicher Mechanismen einer nicht militärischen Konfliktlösung - statt einer imperialen Politik des "Regime-Change", statt ~~Drohnenkriegen und~~ militärischer Auslandseinsätze.

Begründung:

Auch Drohnenkriege und militärische Einsätze gehören zu imperialer Politik, daher ergibt es keinen Sinn sie getrennt davon aufzuzählen.

Doppelung Streichen

Zeile 3262 bis 3264:

~~Wenn die Regierung von "deutscher Verantwortung in der Welt" spricht, sagen wir: Das muss eine Verantwortung für Abrüstung und friedliche Konfliktlösungen sein.~~

Begründung:

Der Satz kommt fast in der selben Form am Ende der Seite (Zeile 3287-3289) noch einmal vor.

Rosa Luxemburg sagte einst die revolutionärste Tat wäre zu sagen was ist und das tut dieser Satz nicht, er ist abstrakt und irreführend.

Zeile 3291 bis 3293:

~~Deutschland droht, nicht erst seit der Wahl des US-Präsidenten Trump, eine neue, führende Rolle in der militärischen Sicherheitsarchitektur der aktuellen Welt(un)ordnung und innerhalb der Europäischen Union zu übernehmen.~~

Begründung:

Dieser ist aus diversen Gründen unnötig. Zum einen inhaltlich, die Erklärungen zum Wehr-Etat der BRD verdeutlichen sehr gut das Ausmaß der im Satz am Anfang der Seite ("Die Bundesregierung verfolgt eine gefährliche Politik [...] angeführten gefährlichen Politik der Bundesregierung mit Fakten, es gibt keinen inhaltlichen Bedarf an einem Zwischensatz. Zum anderen formal: "Sicherheitsarchitektur", "Welt(un)ordnung" ??? Rosa Luxemburg sagte einst die revolutionärste Tat wäre zu sagen was ist und das tut dieser Satz nicht, er ist abstrakt und irreführend.

Änderungsanträge zum Kapitel XV. Europa der Menschen statt der Banken und Konzerne. (Zeile 3542 bis Zeile 3765)

Für ein anderes Europa

Zeile 3542:

Für ein anderes Europa ~~der Menschen statt der Banken und Konzerne~~

Begründung:

Die alte Formulierung zielt nur auf eine Banken- und Konzernlobby ab, die Europa in ihrem Sinne kontrolliert. Trotz sehr berechtigter Kritik am Einfluss von Lobbygruppen, ist eine solche Einengung verkürzt. Unsere Vorstellung eines anderen Europas geht weiter und beinhaltet nicht nur weniger Neoliberalismus. Die offene Formulierung eines anderen Europas ist daher treffender.

Die EU handelt als „ideeller Gesamtkapitalist“

Zeile 3547 bis 3548:

In dieser EU, **wie in jedem Kapitalistischen Staat**, hat die Wettbewerbsfähigkeit im Interesse der Profite von Banken und Konzernen Vorrang vor den Interessen der Bevölkerungen

Begründung:

Friedrich Engels bezeichnete den Bürgerlichen Staat treffend als "ideellen Gesamtkapitalisten". Das Regierungen die Interessen des Gesamtkapitals und seltener die einzelnen Kapitalfraktionen umsetzen ist marxistisches Allgemeingut. Warum dieses Allgemeingut für die EU plötzlich nicht gelten soll ist nicht logisch. Der Vorschlag des PV tut so, als wäre es etwas außergewöhnliches, das sich die EU unter kapitalistischen Bedingungen wie ein Bürgerlicher Staat verhält. Unser Vorschlag stellt hier die Verhältnisse vom Kopf auf die Füße.

„Die Not der arbeitenden Klassen wurzelt in den allgemeinen wirtschaftlichen Zuständen“ und nicht in Handelsverträgen.

Zeile 3547 bis 3548:

Standortkonkurrenz, Druck auf die Löhne und den Sozialstaat, ~~Freihandel~~ und Aufrüstung sind weder im Interesse der Menschen in Deutschland noch der im restlichen Europa.

Begründung:

Man möge bitte in die Werkshallen von VW, Daimler, BMW, die von Miele, Thyssen-Krupp, Seat, Peugeot, Nokia, Samsung und und und.. in irgendeinem Land Europas gehen und den Kollegen dort verkünden: „Freihandel ist nicht in eurem Interesse und auch nicht der Menschen im restlichen Europa.“ Darum finden wir Schutzzölle ganz Töfite, das macht zwar eure Produkte Teurer aber für ein

Dogma müssen schon mal Arbeitsplätze dran glauben. Gleiches tun wir dann mit Bauern in diversen Ländern Europas. Außer Prügel werden die Verkünder der frohen Botschaft, dass Freihandel des Teufel ist, in beiden Fällen nichts ernten.

Ansonsten gilt, was ein Kluger Marxist mal gesagt hat: „Die Sozialisten Deutschlands stehen dem innerhalb der besitzenden Klassen ausgebrochenen Kampfe zwischen Schutzzoll und Freihandel fremd gegenüber; die Frage, ob Schutzzoll oder nicht, ist nur eine praktische Frage, die in jedem einzelnen Falle entschieden werden muß“ (Wilhelm Liebknecht, Antrag an den Parteikongreß in Gotha 1876). Die fast manische Ablehnung von Freihandel durch einige in dieser Partei und seine Erklärung zum Grundübel dieser Welt verdrängt eine einfache Erkenntnis, der sich die SPD vor 141 Jahren bewusst war „Die Not der arbeitenden Klassen wurzelt in den allgemeinen wirtschaftlichen Zuständen“ und nicht in Handelsverträgen. Der direkte Zusammenhang von Lebensmittelpreisen und sozialer Frage hat dazu geführt, dass Linke – früher zumindest – für den Freihandel waren, von dem sie sich niedrigere Lebensmittelpreise erhofften, während die Rechten zugunsten der einheimischen Agrarwirtschaft auf Zölle setzten. Die Haltung zum Freihandel kann nur eine Taktische sein, die von Fall zu Fall beantwortete werden muss. Das Verdikt "Freihandel ist grundsätzlich Falsch" ist einerseits untaktisch und vor allem eines: Falsch.

Flucht ist kein Ergebnis der undemokratischen Struktur der EU.

Zeile 3554 bis 3555:

~~Dies hat sich infolge der Flucht und Migrationsbewegung zugespitzt.~~

Begründung:

Der Satz stimmt, passt an der Stelle aber inhaltlich nicht. Flucht ist kein Ergebnis der undemokratischen Struktur der EU. Der Folgesatz "nationalistische Töne in öffentlichen Debatten nehmen zu" ist ein inhaltlich sinnvollerer Anschluss an die Schlussfolgerungen aus den Zeilen vor 3554, denn die Begründung der rechten Parteien für "taking back control" ist vor allem das Gefühl nicht mehr mitbestimmen zu können. Siehe Le Pen, die "nicht wie Hollande Merkels Vizekanzler sondern Frankreichs Präsidentin" werden wollte oder die "vote leave" Kampagne im UK, die mit Sätzen wie "THE EUROZONE DECIDES WHICH LAWS WE HAVE TO OBEY" (dt.: Die Eurozone entscheidet darüber, welchen Gesetzen wir zu gehorchen haben) oder "THE EUROPEAN COURT IS SUPREME" (dt.: Der Europäische Gerichtshof ist die höchste Instanz) geworben haben.

Auseinanderbrechen der EU

Zeile 3554 bis 3555:

~~Europa kann durch Demokratie und soziale Gerechtigkeit verändert werden – andernfalls besteht die Gefahr, dass rechte Parteien und Populisten Europa nach ihrem Bild verändern.~~

Ersetzen durch

Es besteht die Gefahr, dass rechte Parteien und Populisten Europa nach ihrem Bild verändern. Das müssen wir verhindern indem wir Europa demokratischer und sozial gerechter gestalten.

Begründung:

Da wir vorher über das Auseinanderbrechen der EU und das Erstarren nationalistischer Kräfte sprechen, macht der Satz sorum mehr Sinn, besonders in Hinblick auf den folgenden Abschnitt (aktuelle Politik vs. wie wollen wir es anders machen) macht es den ganzen Absatz stimmiger.

Zerrissen ist Europa durch die sich im Kapitalismus bildenden Disparitäten

Zeile 3575 bis 3577:

~~Die neoliberale Konstruktion des Euros nützt vor allem der deutschen Exportindustrie und internationalen Großkonzernen, während es Europa wirtschaftlich und sozial spaltet.~~

Ersetzen durch

Der Euro ist ein Projekt der europäischen Staaten, die der deutschen Wettbewerbskraft in DM-Zeiten unterlegen waren. So wollte Frankreichs Präsident François Mitterand die Übermächtige DM durch den Euro und eine Europäische Zentralbank, in der alle Länder mit einer Stimme entscheiden, eindämmen. Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass die häufigen Abwertungen von Franc, Lira, Drachme und Peso weder deutsche Exporte belastet, noch die Exporte der anderen angekurbelt haben. Die „Südländer“ hatten auch mit Nationalen Währungen keine Chance gegen die westdeutsche Wirtschaftskraft. Abwertungen können Wettbewerbsvorteile durch Arbeitsdisziplin, Lohnstückkosten, moderne Industrien und Infrastrukturen, Anbindung an Märkte und Fertigungsketten nicht wettmachen.

Begründung:

Zerrissen ist Europa auch durch die im Kapitalismus sich naturwüchsig bildenden Disparitäten, weil Kapital nun mal in profitable Zonen strömt und andere entleert und somit die Welt in Sieger und Verlierer, Gläubiger und Schuldner, Zentrum und Peripherie einteilt. Das macht nicht Angela Merkel, sondern der Kapitalismus von sich aus. Das macht auch nicht der Euro. Als die Lira, die Drachme und der Peso dreimal im Jahr abgewertet wurden, hatten die Länder des Südens ebenfalls keine Chance gegen die hohe Produktivität und die niedrigen Lohnstückkosten in Westdeutschland. Wir befinden uns in einen Abwehrkampf gegen den politischen Rechtsruck in Deutschland und in Europa. Hierbei kommt der Bundesrepublik aus zwei Gründen eine besondere Rolle zu: Zum einen ist Deutschland die zentrale europäische Hegemonialmacht. An Deutschland läuft in Europa, solange es um Geld und den Verbleib in der Union geht, nichts vorbei. Eindrucksvoll konnte dies am Umgang mit der SYRIZA-Regierung in Griechenland beobachtet werden. "Es wird für ganz Europa schwierig, wenn sich die Verhältnisse vor allem in Deutschland nicht ändern."

Der Euro nützt vor allem der deutschen Exportindustrie

Zeile 3575 bis 3577:

Die neoliberale Konstruktion des Euros nützt vor allem der deutschen Exportindustrie und internationalen Großkonzernen, und schadet wirtschaftlich schwächeren Ländern wie Griechenland.

~~während es Europa wirtschaftlich und sozial spaltet Dies führt zu einer wirtschaftlichen und sozialen Spaltung Europas.~~

Begründung:

Klarstellung

Deutsche Hegemonie in der EU

Zeile 3580 bis 3581:

~~Voraussetzung dafür ist eine andere deutsche Wirtschaftspolitik und ein Ende der Austerität.~~

Ersetzen Durch

Dies ist nur möglich indem mit der deutschen Hegemonie in der EU gebrochen und eine demokratische EU, die aus gleichberechtigten Partnern besteht, geschaffen wird.

Begründung:

"Wenn Europa einmal einträchtig sein gemeinsames Erbe verwalten würde, dann könnten seine drei- oder vierhundert Millionen Einwohner ein Glück, einen Wohlstand und einen Ruhm ohne Grenzen genießen." Churchill (der #ausGruenden kein großer Fan eines wiedervereinigten Deutschlands war, da schon zu seiner Zeit abzusehen war, dass dieses wieder eine Vormachtstellung in Europa anstreben würde)

Die Rückkehr zum Nationalstaat ist keine Option und Nationalismus kein linkes Projekt.

Zeile 3582: In Zeile 3582, nach dem Satz „Die Auflösung des Euros ist dagegen ein Szenario, auf das man sich wohl oder übel vorbereiten muss, aber keine Lösung“ soll eingefügt werden

Für uns steht unzweideutig fest, dass der Rahmen, in dem wir uns bewegen, der Europäische Raum ist. Unser Streben nach gesellschaftlichen Veränderungen muss immer auch ein Streben nach Veränderungen in Europa beinhalten. Für uns gilt als Grundsatz, dass wir nicht gegen die EU und den Euro kämpfen, sondern gegen die kapitalistische EU und eine kapitalistische Währungspolitik. Mit uns wird es kein Zurück zum Nationalstaat und einer nationalen Währungssouveränität geben. Die Rückkehr zum Nationalstaat ist keine Option und Nationalismus kein linkes Projekt.

Begründung:

Die Rückkehr zum Nationalstaat kan für eine Linke keine Option sein und Nationalismus ist kein linkes Projekt.

Streichung einer inhaltlosen und populistischen Phrase

Zeile 3587 bis 3588:

~~Wir wollen die Finanzmärkte entmachten und den europäischen Bankensektor demokratisch kontrollieren.~~

Begründung:

Das Problem sind nicht "die Finanzmärkte" oder "die Banken" sondern - wie bereits im Abschnitt davor (Zeile 3573-3582) angeführt, die Politik einzelner Länder in der EU (ganz besonders Deutschland ist hier zu nennen). Selbst der IWF (keine Kommunisten, aber Vertreter von Kapitalinteressen. Und zwar nicht nur deutschen Kapitalinteressen) kritisierte bereits mehrmals die deutsche Wirtschaftspolitik (viel zu viel Export, viel zu wenig Import, kürzlich forderte er sogar höhere Abgaben auf Vermögen in Deutschland. Die Bundesregierung müsse mehr zur Stärkung des »inklusive Wachstums« tun, so dass breitere Bevölkerungsteile von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung profitieren). Daher und weil mit keinem Wort erklärt wird was unter einer Demokratischen Kontrolle des Bankensektors zu verstehen ist, ist dieser Satz zu streichen. Er ist aktuell nur eine inhaltlose und populistische Phrase, die mehr verwirrt als das sie Klarheit schafft.

Nicht nur das Währungssystem ist das Problem der EU

Zeile 3588 bis 3589:

Im Vordergrund stehen für uns die Menschen in Europa, nicht **die Kapitalinteressen einzelner Länder** oder ein Währungssystem.

Begründung:

Nicht nur das Währungssystem ist das Problem, siehe dazu auch die Begründung zu den Anträgen zu den Zeilen 3580-3581 und 3587-3588.

Gegen Nationalen Wohlstandschauvinismus

Zeile 3601 bis 3602:

~~Die Löhne in Deutschland müssen steigen, den deindustrialisierten Regionen in der Eu müssen alternative Entwicklungsmöglichkeiten gegeben werden.~~

Begründung:

Zum einen: Warum müssen nur in Deutschland die Löhne steigen? Zum anderen: Wie die genannten Probleme in anderen EU Ländern behoben werden sollen, wird in den auf diesen Satz folgenden Forderungen sehr gut dargelegt. Daher ist dieser unvollständige und verkürzte Satz unnötig und sollte gestrichen werden.

Abgestimmte Besteuerung in Europa

Zeile 3627 bis 3629:

Wir wollen den Unterbietungswettbewerb – welches Land bietet dem Kapital die niedrigsten Steuern, Löhne und Sozialleistungen – unterbinden. Wir kämpfen für Mindeststandards und eine abgestimmte Besteuerung ~~der Superreichen~~ in Europa.

Begründung:

Eine Sinnlose Personalisierung, die vor dem Hintergrund, das in Europa grade um die Besteuerung von Konzernen wie Apple oder Microsoft, Samsung oder Bertelsmann gestritten wird, besonders Absurd wirkt .

Nur der Esel nennt sich immer selbst zuerst

Zeile 3642 bis 3644:

~~Das ist im Interesse der Menschen in Deutschland, weil die Löhne steigen und die Wirtschaft stärker auf Nachfrage im Inneren statt auf Spekulation ausgerichtet wird. Und es ist im Interesse einer gerechten wirtschaftlichen Entwicklung unserer Europäischen Nachbarn.~~

Ersetzen durch

Dies ist zum einen im Interesse einer gerechten wirtschaftlichen Entwicklung unserer Europäischen Nachbarn. Zum anderen ist es auch im Interesse der Menschen in Deutschland, weil die Wirtschaft stärker auf Nachfrage im Inneren statt auf Spekulation ausgerichtet und so eine Erhöhung der Löhne notwendig wird, um diese steigende Nachfrage im Inneren zu gewährleisten.

Begründung:

Nur der Esel nennt sich immer selbst zuerst

Das EU Demokratiedefizit klar benennen

Zeile 3660 bis 3667:

~~Wir wollen die Institutionen der EU grundlegend demokratisieren. Statt einer im Kern undemokratischen EU wollen wir die Institutionen der EU grundlegend demokratisieren und einen Neustart für die Demokratie in Europa.~~

Weitere Kompetenzen dürfen nur auf das gewählte Europaparlament verlagert werden statt auf nicht-legitimierte Gremien wie EU-Kommission und Rat. ~~Wir wollen die Rechte der Parlamente stärken. Unter den gegebenen Bedingungen dürfen keine weiteren Kompetenzen auf die europäische Ebene verlagert werden.~~ Entscheidungen sollen auf den Ebenen getroffen werden, die zu am stärksten davon betroffen sind: Kommunale Angelegenheiten in den Kommunen und bundesweite Angelegenheiten in den nationalen Parlamenten. ~~Grundlegende Entscheidungen in der EU müssen vom Europaparlament und den nationalen Parlamenten getroffen und kontrolliert werden statt von nicht-legitimierten Gremien wie EU-Kommission oder dem Rat.~~

Begründung:

Dass die EU ein Demokratiedefizit hat ist bekannt. Die Formulierung "im Kern undemokratisch" aber zu scharf und nicht treffend. Abzulehnen sind zwar Kompetenzverlagerungen auf Kommission und Rat, nicht aber auf das EU-Parlament; daher die Präzisierung. Ein genereller Vorbehalt nationaler Parlamente ist nicht zielführend. Eine solche Regelung erschwert Entscheidungen und sichert letztlich die deutsche Dominanz in der EU. Gesetze, die auf europäischer Ebene dem Gemeinwohl dienen werden so durch Partikularinteressen verhindert (Bespiel: Finanztransaktionssteuer). Bei Gesetzen

des Bundestags müssen auch nicht immer die Bundesländer zustimmen (und wenn, dann nur eine Mehrheit).

Typo

Zeile 3663 bis 3664:

Entscheidungen sollen auf den Ebenen getroffen werden, die ~~zu~~ am stärksten davon betroffen sind

Begründung:

Typo

Änderungsanträge zum Kapitel XVI. Für eine Demokratie, in der es etwas zu entscheiden gibt. (Zeile 3766 bis Zeile 4443)

Es gibt keinen unschuldigen Rassismus

Zeile 3815:

Wir wollen ein Bleiberecht für die Opfer ~~rassistischer und vorurteilsmotivierter Angriffe~~ rechter Gewalt, um der auf Vertreibung gerichteten Intention der Täter entgegenzuwirken.

Begründung:

Vorurteilsmotiviert impliziert, dass es zwei Arten von rassistischen Angriffen gibt: Bewusst aus rassistischen Motiven heraus begangene und aus Unwissenheit/dem Nichtbewusstsein des Rassismus seiner eigenen Vorurteile begangene Angriffe. Es gibt keinen unschuldigen Rassismus, daher ist die ihn verharmlosende Formulierung "vorurteilsmotiviert" zu streichen.

Wir sind solidarisch mit opfern rechter Gewalt

Zeile 3819 bis 3820:

Auch linke Menschen und Strukturen geraten immer wieder in den Fokus rechter Angriffe. Wir stehen zusammen und weichen nicht.

Ersetzen durch

Wir sind solidarisch mit opfern rechter Gewalt und unterstützen sie gegen jedwede Angriffe.

Begründung:

Wir sind solidarisch mit opfern rechter Gewalt und unterstützen sie gegen jedwede Angriffe.

Rassistische, antisemitische, homo-/ und transfeindliche, sowie sexistische Ansichten auch in Behörden bekämpfen

Zeile 3841: Nach Zeile 3841 [Der Staat muss früher und nachhaltiger gegen rechtsterroristische Strukturen vorgehen,] einfügen:

auch in den eigenen Reihen. Rassistische, antisemitische, homo-/ und transfeindliche, sowie sexistische Ansichten müssen auch in den Behörden bekämpft werden, da diese die Grundwerte der Gesellschaft untergraben.

Begründung:

wie man immer aktuell wieder sieht sind Mitarbeiter mit Rassistischen Gedanken in Schulen, Ämtern bei Polizei in Behörden etc. vertreten.

Sinnlose Arbeit?

Zeile 3970 bis 3971:

~~Eine umfassende Aufgabenkritik bei der Polizei muss sie von sinnlosen Arbeiten befreien.~~

Begründung:

Sinnlose Arbeit?

Legalisierung von papierlosen Menschen!

Zeile 4024: Einfügen nach 4024 als eigenes Kapitel.

Legalisierung von papierlosen Menschen

Wir brauchen eine intensivere Politik für Menschen, die sich ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland aufhalten, um deren Recht- und Perspektivlosigkeit zu beenden. Dabei ist es wichtig, dass sowohl langfristige Konzepte entwickelt als auch kurzfristige Maßnahmen durchgeführt werden. Betroffen sind zum Beispiel Migrantinnen und Migranten, die zwar als Arbeitskräfte im Haushalt, im Gastgewerbe oder in der Altenpflege sehr geschätzt sind, aber aus den verschiedensten Gründen (abgelehnte Asylanträge, abgelaufene Duldungen von Flüchtlingen aus Bürgerkriegsgebieten, Entzug des Aufenthaltsrechts, abgelaufene Visa, nicht erneuerte Arbeitsgenehmigungen, Verlust des Aufenthaltsrechts durch Scheidung) keine gültige Aufenthaltsbewilligung mehr haben.

Für diese Menschen wollen wir den Bildungszugang und die medizinische Versorgung sicherstellen. Zudem fordern wir eine Initiative zur Legalisierung von Menschen, die sich ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland befinden. Diese sollen eine unbefristete Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis erhalten, um einen geregeltes Leben in Würde führen zu können.

Begründung:

Wir dürfen nicht nur bei Demos „Kein Mensch ist illegal“ Skandieren, sondern müssen uns der Tatsache stellen, das es in unserem Land Hundertausende von Menschen gibt, die aus den verschiedensten Gründen (abgelehnte Asylanträge, abgelaufene Duldungen von Flüchtlingen aus Bürgerkriegsgebieten, Entzug des Aufenthaltsrechts, abgelaufene Visa, nicht erneuerte Arbeitsgenehmigungen, Verlust des Aufenthaltsrechts durch Scheidung) keine gültige Aufenthaltsbewilligung mehr haben. Diesen Menschen müssen wir in unsere Politik einbeziehen. Amnestien für papierlose Menschen nach dem Vorschlägen der thüringischen Landesregierung befürworten wir.

Änderungsanträge zum Kapitel XVII. Für eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt! Ohne dich geht es nicht!(Zeile 4444 bis Zeile 4487)

Wir treten ein für eine Gesellschaft in der gute Arbeit gut entlohnt wird; in der jede:r gut leben kann;

Zeile 4449 bis 4451:

Wir wollen ~~die Superreichen entmachten~~ das herrschende System grundlegend ändern und den bestehenden gesellschaftlichen Reichtum gerecht verteilen ~~umverteilen~~. Wir sagen ~~den~~ dem Kapitalismus ~~Multimillionären, die Reichtum, Vermögen und Macht angehäuft haben,~~ den Kampf an. Wir stehen auf gegen Rassismus und rechte Hetze.

Begründung:

Die Gleichsetzung der mutmaßlichen Gier von Menschen, die bestehende Gesetze nutzen, um sich das Upgrade vom Jaguar auf den Bentley zu finanzieren mit Rassismus und rechter Hetze verkennt, dass die Mehrheit der in Lohnsteuervereinen organisierten Facharbeiter eben dies nutzen um vom Dacia auf einen Opel upzugraden.

Wir treten ein für eine Gesellschaft in der gute Arbeit gut entlohnt wird; in der jede:r gut leben kann; in der wer auch immer warum auch immer noch das Bedürfnis hat einen PKW zu nutzen Zugriff auf einen Bentley hat. Vorzugsweise ein Cabrio.